

Durch den Marshallplan sollen der amerikanischen Industrie neue Möglichkeiten zum Absatz jener Produkte erschlossen werden, die sich im eigenen Lande und auf dem Wege eines normalen ausgeglichenen Außenhandels nicht mehr an den Mann bringen lassen. Immer deutlicher bewahrheitet sich unsere Voraussage, daß der Marshallplan bei den ersten Anzeichen einer wirtschaftlichen Depression in den USA naturnotwendig die amerikanische Arbeitslosigkeit nach Europa, in alle beteiligten Marshallplanländer, exportieren würde. Ende 1948 wurden in den westeuropäischen Marshallplanländern 4,2 Millionen Arbeitslose gezählt; heute sind es nach den eigenen Feststellungen dieser Länder vermutlich bereits 20 Millionen Menschen, die in Westeuropa direkt oder indirekt von dieser Krise betroffen werden.

Das sind die wirklichen Gründe, welche die amerikanischen Politiker zwangen, sich an den Verhandlungstisch in Paris zu setzen und ernsthaft nach einem Ausweg zu suchen.

Die von den Westmächten betriebene Boykottpolitik gegenüber der Außenministerkonferenz und gegenüber der Sowjetunion ist schmählich zusammengebrochen. Die weitsichtige Politik der Sowjetunion hat dazu geführt, daß die Pariser Verhandlungen entgegen den imperialistischen Absichten nicht völlig gescheitert sind, sondern daß die Außenminister übereinkamen, auf der 4. Tagung der UNO-Vollversammlung im September dieses Jahres den Beginn für die nächste Zusammenkunft des Außenministerrates zur Behandlung der deutschen Frage festzulegen. Der Außenministerrat erklärte in seinem Kommuniqué ausdrücklich, seine Bemühungen um die Wiederherstellung der wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands fortzusetzen, womit die Notwendigkeit dieser Einheit durch die vier Alliierten in Paris vor aller Welt erneut anerkannt wurde.

Die Lebensinteressen des deutschen Volkes erfordern die beschleunigte Ausarbeitung eines Friedensvertrages und die Räumung Deutschlands von den Besatzungstruppen. Die Westmächte konnten sich nicht entschließen, den hierauf gerichteten Vorschlägen der Sowjetunion zuzustimmen. Der Vorschlag des sowjetischen

Außenministers Wyschinski, jeder der Alliierten solle sich verpflichten, seine Auffassungen über den deutschen Friedensvertrag im Zeitraum von drei Monaten darzulegen, schlug wie eine Bombe ein und schuf einen Zustand völliger Ratlosigkeit.

Der zweite Teil des Kommuniqués der Pariser Außenministerkonferenz bedeutet einen Schritt vorwärts. Das Kommuniqué lautet:

„Die Besatzungsbehörden werden im Sinne der Absichten der Außenminister ihre Anstrengungen fortsetzen, um die Wiederherstellung der wirtschaftlichen und der politischen Einheit Deutschlands vorzubereiten. Sie werden in Berlin auf Viermächtebasis weiter verhandeln.

... Um die Erfüllung der ... vorgesehenen Aufgaben zu erleichtern, kann jede Besatzungsbehörde unter ihrer Gerichtsbarkeit stehende deutsche Fachleute und geeignete deutsche Körperschaften heranziehen.“¹

In dieser Regelung sehen wir die Anerkennung des Prinzips der vom Deutschen Volksrat seit nunmehr fast zwei Jahren vertretenen Politik der Verständigung aller deutschen Parteien und Organisationen und ihrer Anhörung durch den Außenministerrat, da er an der Forderung des Deutschen Volksrates praktisch nicht mehr vorbeigehen kann. Zwar wurde auf der Außenministerkonferenz der Antrag des sowjetischen Außenministers Wyschinski, die vom Deutschen Volkskongreß gewählte Delegation für Paris anzuhören, noch abgelehnt, aber im Kommuniqué der Konferenz mußte die Mitwirkung deutscher Sachverständiger, deutscher Organisationen und Parteien, sofern sich diese Deutschen vorher selbst verständigt haben, als erwünscht bezeichnet werden. In dieser Regelung sehen wir die Bestätigung der Richtigkeit unserer politischen Arbeit.

Ist es für uns Deutsche nicht ein beschämender Zustand, daß erst die Besatzungsmächte darauf hinweisen müssen, daß eine einheitliche Stellungnahme der Deutschen zu den gesamtdeutschen Fragen notwendig ist? Wo sich jetzt noch deutsche Politiker diesen Notwendigkeiten entgegenstellen, stempeln sie sich selbst zu Schädlingen der deutschen Sache, zu Schädlingen der deutschen

¹ „Neues Deutschland“ vom 21. Juli 1949.

Nation. Wer gewillt ist, das Wohl und die Zukunft Deutschlands höher zu stellen als Sonderinteressen, der muß seine Bereitwilligkeit zur Zusammenarbeit zeigen. Die Bemühungen des Präsidiums des Deutschen Volksrates zur Herbeiführung einer gesamtdeutschen Beratung müssen daher unverzüglich wieder aufgenommen und trotz aller Mißerfolge fortgeführt werden.

Das gilt insbesondere auch für die Durchführung der wirtschaftlichen Verhandlungen. Was soll denn eigentlich die Auseinandersetzung in Deutschland darüber bedeuten, welche Zone die andere brauche? Es geht für uns in der Frage der wirtschaftlichen Einheit und Zusammenarbeit nicht um die Frage: Wer braucht wen? Sondern es geht gegenüber dieser albernen Frage – wir müssen das deutlich sagen – für uns Deutsche einfach darum: Die Deutschen brauchen die Deutschen, ganz gleich, in welcher Zone sie wohnen.

Daher muß die Deutsche Wirtschaftskommission alle Schritte fortführen, um mit den deutschen Wirtschaftsorganen der übrigen Zonen eine Übereinkunft über die zur Entwicklung der deutschen Binnenwirtschaft notwendigen Maßnahmen herbeizuführen und schließlich zu einer gesamtdeutschen Wirtschaftsvertretung zu kommen.

Es ist zu bedauern, daß in Paris keine Einigung über Berlin erzielt wurde. Durch die Einführung der von den Westberliner Politikern geforderten B-Mark wurde die organische Einheit der Berliner Wirtschaft zerrissen und die Spaltung der Hauptstadt vollzogen. Die Folgen im Westen Berlins sind: stillgelegte Betriebe, Hunderttausende von Arbeitslosen und Kurzarbeitern, Währungsgeschädigte auf allen Gebieten, Korruption des öffentlichen Lebens, Ausplünderung und Verelendung der Arbeiter und Angestellten, der Gewerbetreibenden und der Angehörigen der freien Berufe durch gewissenlose Spekulanten. Ohne Rücksicht auf ihre parteipolitische oder sonstige Anschauung sollten sich die verantwortungsbewußten Berliner Frauen und Männer aller Sektoren zu gemeinsamen Beratungen über die Wiederherstellung einer einheitlichen Verwaltung und Währung in Berlin zusammenfinden, um sich nicht auch hier auf Berliner

Boden durch die Alliierten beschämen zu lassen, bei denen es nach den eingeleiteten Verhandlungen doch immerhin so aussieht, als wenn über diese oder jene Frage eine Entspannung eintritt und Fortschritte erzielt werden, die zunächst einen modus vivendi ermöglichen.

Die Pariser Außenministerkonferenz hat dem gesamten deutschen Volk wiederum anschaulich gezeigt, wer seine Freunde und wer seine Gegner sind. Die Sowjetunion, die als sozialistischer Staat gegen die Unterjochung und Ausplünderung fremder Völker kämpft, erwies sich auch auf der Pariser Konferenz als die Verteidigerin der Lebensinteressen des deutschen Volkes, indem sie für die Einheit Deutschlands, für die Schaffung eines Friedensvertrages und für den Abzug der Besatzungstruppen eintrat. Demgegenüber erwiesen sich die Vertreter Amerikas, Englands und Frankreichs als die Sachwalter des Monopolkapitals, das Deutschland als Objekt seiner Macht- und Beutegier betrachtet. In dieser für das deutsche Volk so schweren Zeit müssen alle Parteien und Organisationen mit allen Vereinigungen und Personen, ohne Unterschied parteipolitischer oder weltanschaulicher Auffassung zusammenarbeiten. Ohne den Willen des deutschen Volkes zur Mitarbeit in seiner eigenen Sache ist eine Lösung der deutschen Frage nicht möglich. Die Verwirklichung der nationalen Lebensrechte des deutschen Volkes muß von einer breiten Nationalen Front erkämpft werden.

Der Appell ergeht vom Deutschen Volksrat an das gesamte deutsche Volk, die ersten Ansätze zu einer Lösung der deutschen Frage unter Zurückstellung aller Parteiinteressen zu nutzen. Es geht heute nicht um Parteien, es geht um die Nation. Das ganze deutsche Volk muß mithelfen, ein politisches Programm der Nationalen Front zu schaffen und die Nationale Front zu einem lebendigen Ausdruck seines Willens zu machen. Nur durch den Zusammenschluß in der Nationalen Front werden wir die Einheit, den Frieden und den Abzug der Besatzungstruppen erkämpfen.

Frieden für den Aufbau

*Rede auf der Friedenstagung, einberufen vom Präsidium
des Deutschen Volksrates und dem Deutschen Komitee
der Kämpfer für den Frieden
4. August 1949*

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands begrüßt die heute vom Präsidium des Deutschen Volksrates und vom Komitee der Kämpfer für den Frieden einberufene Tagung mit dem Ziel, den 1. September als Tag des Friedens auszurufen, an dem auch das deutsche Volk seinen unzweideutigen Willen für die Erhaltung des Friedens bezeugt und vor aller Welt erhärtet.

Gerade das deutsche Volk hat Ursache genug, sich von jenen Kräften zu distanzieren, die in der Vergangenheit die Träger einer unverantwortlichen Politik waren, die die Menschheit zweimal in einen Weltkrieg stürzte und damit unermessliches Elend und Unglück über sie und nicht zuletzt auch über das deutsche Volk brachte. Weil die fortschrittlichen Kräfte Deutschlands in der Vergangenheit nicht stark genug waren, den finsternen Kräften des Rückschritts, des Faschismus und den unheilvollen Welt-eroberungsträumen deutscher Gewaltpolitiker entgegenzutreten, steht die deutsche Nation in jener verhängnisvollen Situation, die der Zerreißung und der nationalen Ohnmacht Deutschlands gleichkommt.

Deutschland ist zum Spannungsfeld der internationalen Politik geworden. Wird es zur Entladung der Gegensätzlichkeiten kommen, und werden sich diese Entladungen auf deutschem Boden vollziehen? Das sind die Fragen, vor die das deutsche Volk gestellt ist. Untätiges Zuschauen hilft uns nicht weiter. Wir müssen als Deutsche einen Standort beziehen und selber handelnd eingreifen in die Gestaltung unserer Zukunft.

Auf der einen Seite erhebt sich Amerika vor uns, jenes große imperialistische Land, dessen Expansionsbestreben den Frieden gefährdet und die Unabhängigkeit der Völker bedroht. Die amerikanischen Wirtschaftskapitäne zwingen bei der Suche nach Absatzgebieten die ihnen hörigen Länder in finanzielle Schuldknechtschaft, setzen an die Stelle der souveränen Freiheit der Völker ein System politischer Unfreiheit, ein Kolonisierungssystem, steigern ihre eigenen Rüstungen ins unermessliche, überschwemmen die Völker mit Waffenlieferungen und entfesseln ein hysterisches Kriegsgeheul, um die Menschen zu ängstigen und willenlos zu machen.

Auf der anderen Seite erhebt sich vor dem deutschen Volke die gewaltige Kraft der Völker der Sowjetunion und der Volksdemokratien, jener Länder und Völker, die ihre Energien nicht auf die Gewinnung fremder Absatzgebiete, sondern auf die Errichtung des Sozialismus, auf die Erhaltung des Friedens richten. Sozialismus bedeutet Frieden. Ein Staat wie die Sowjetunion, der fast 40 Prozent aller Ausgaben seines riesigen Budgets für den Wiederaufbau und 30 Prozent für kulturelle Aufgaben verwendet, ist kein Staat des Krieges, sondern ein Hort des Friedens.

Die friedliebende Menschheit hat darum dankbar die Worte Stalins zur Kenntnis genommen, daß die weltanschaulichen Gegensätze, die es während des Krieges den Vertretern der verschiedensten Systeme erlaubten, im Bündnis miteinander zu kämpfen, es keineswegs unmöglich machen, im Frieden miteinander zu leben.

Wenn das deutsche Volk seine Zukunft sichern will, darf es nicht auf die Gegensätzlichkeiten zwischen den beiden großen Staaten spekulieren, sondern muß davon überzeugt sein, daß die Verbesserung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen und eine Verständigung in den internationalen Fragen der wichtigste Schlüssel zum Weltfrieden sind. Je stärker das Friedenslager der Welt unter der Führung der Sowjetunion ist, desto größer wird die Bereitschaft zur Verständigung in Amerika werden. Darum stehen wir im Lager des Friedens. Auch die Betrachtung des Deutschlandproblems gibt uns die gleiche Antwort. Je weiter



Vorwärts mit neuer Kraft! Präsident Wilhelm Pieck und Ministerpräsident Otto Grotewohl
nach der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik.



die imperialistischen Großmächte sich von dem Prinzip der Übereinstimmung entfernten, desto größer wurden die Gefahren für den Bestand Deutschlands und der deutschen Nation. Vier Jahre Deutschlandpolitik der Alliierten stellen uns heute vor zwei Wege und zwei Ziele. Der eine Weg – ebenso wie das Ziel – ist uns aufgezeichnet von der Sowjetunion; er ist einfach, unkompliziert und von jedem Menschen zu begreifen. Dieser Weg lautet: Friedensvertrag für Deutschland, Einheit für Deutschland und Abzug der Besatzungsmächte. Der andere Weg aber, den Amerika in Deutschland eingeschlagen hat unter Mitwirkung seiner Satellitenstaaten England und Frankreich und verantwortungsloser deutscher Politiker, ist kompliziert und in seinem Ziel für Deutschland gefährlich. Dieser Weg will keinen Frieden, keine Einheit, sondern Spaltung Deutschlands, ein Besatzungsstatut mit unbegrenzter Besatzungsdauer und Einführung eines Kolonialsystems für die deutsche Verwaltung und Politik. Dieser Weg will Deutschland unter den Atlantikpakt zwingen, aus dem Ruhrgebiet eine Rüstungsbasis machen, durch Waffenlieferungen und militärische Ausbildung von Menschen Kanonenfutter für seine kriegerischen Pläne vorbereiten.

Vor wenigen Tagen haben sich die drei Stabschefs der amerikanischen Streitkräfte in Europa mit führenden militärischen Persönlichkeiten der Staaten des Atlantikpaktes im IG-Konzernhaus in Frankfurt am Main zusammengefunden, um über die angebliche Verteidigung Westeuropas zu beraten. Die USA würden alle Vorsorge treffen, daß das deutsche Volk bei einem Zusammenstoß nicht freiwillig oder gezwungen zu den Russen übergeht. Wir fragen: Was wird hier erneut im IG-Konzernhaus in Frankfurt am Main gegen das deutsche Volk zusammengeschmiedet? Das deutsche Volk, auch in den westlichen Besatzungszonen, will weder vom Krieg noch von den Phantasieplänen der Herren Stabschefs etwas wissen, die auf deutschem Boden mit strategischen Stützpunkten, Flughäfen, Angriffsstellungen und Rückzugslinien disponieren, als wären sie bereits mitten im Kriege. In der britischen und der amerikanischen Zone wurden kürzlich Erhebungen über

die öffentliche Meinung der Deutschen angestellt. Dabei lehnten 60 Prozent der Befragten es ab, wieder Soldat zu sein. Nur 8,8 Prozent sprachen sich bedingungslos dafür aus, und nur knapp 2 Prozent waren bereit, gegen den Osten in den Krieg zu ziehen. Mögen sich die USA-Stabschefs, die heute deutsches Land als Kriegsschauplatz abstecken, nicht irren und daran denken, daß es ein deutsches Sprichwort gibt, das heißt: „Man soll die Rechnung nicht ohne den Wirt machen“. Der Wirt ist trotz aller Besatzungsbestimmungen in diesem Falle das deutsche Volk.

Wir haben in unserem „Pressedienst“ diese in Frankfurt geschaffene Situation behandelt und gesagt:

„So zeichnen sich die Umrise einer kombinierten westeuropäischen Söldnerarmee unter amerikanischem Kommando ab. Die Generäle der Wallstreet prüfen den Gefechtswert ihrer westeuropäischen Hilfstruppen, wie die Herren des Römischen Reiches auf den Sklavenmärkten die Muskel der Männer berasteten, die sie als Gladiatoren kauften, um sie in den Tod zu schicken. Die Zweifel der amerikanischen Herren an der Zweckmäßigkeit dieses Geschäftes sind berechtigt. Aus den gekauften Gladiatorensklaven wuchs Spartakus hervor, der mit seinem Sklavenaufstand dem Römischen Reich den ersten entscheidenden Stoß versetzte. Ähnliches haben die Herren der Wallstreet in unseren Tagen in China schon erlebt: die an Tschiang Kai-schek gelieferten Waffen erwiesen sich als Bluttransfusion zugunsten der chinesischen Kulis, die mit eben diesen Waffen die Herrschaft des Washingtoner Reiches in Asien vernichteten.“¹

Vielleicht wollen diese Strategen ein ähnliches Ergebnis in Deutschland vorbereiten.

Wir Deutsche können von den Vorgängen in Frankfurt am Main in dem Augenblick, in dem wir aufrufen für eine Friedenskundgebung, nur mit tiefer Empörung Kenntnis nehmen. Wir gestatten uns darum, einen formulierten Protest mit der Bitte um Annahme zu unterbreiten. Unser Resolutionsentwurf hat folgenden Wortlaut:

„Am 1. August 1949 fand im Hochhaus der IG Farben in Frankfurt am Main eine Konferenz von amerikanischen Stabschefs mit militärischen Vertretern einiger Atlantikpaktstaaten statt. Im Anschluß an diese Verhandlung

¹ „Bange machen gilt nicht!“, „SED-Pressedienst“ vom 2. August 1949, S. 4/5.

wurde bekanntgegeben, daß die amerikanischen Besatzungstruppen einschließlich der Luftstreitkräfte in den Atlantikpakt einbezogen würden.

Mit tiefer Empörung hat die deutsche Öffentlichkeit von diesen Plänen des amerikanischen Generalstabs Kenntnis genommen. Die Einbeziehung ihrer Besatzungstruppen in den Atlantikpakt bedeutet in Wirklichkeit nichts anderes als die Verwandlung der westlichen Gebiete Deutschlands in ein Aufmarschgebiet und in das Schlachtfeld eines dritten Weltkrieges. Die amerikanischen Militärs haben damit offen zu erkennen gegeben, warum sie den Abschluß des Friedensvertrages und den Abzug ihrer Besatzungstruppen verweigern: Nicht die Entwicklung eines friedlichen und unabhängigen Deutschlands inmitten eines befriedeten Europas ist ihr Ziel, sondern die Vorbereitung eines neuen Völkermordens, das auf unserem Boden, in unseren Dörfern und Städten, mit unseren Menschen und Kräften stattfinden soll.

Im Namen des deutschen Volkes protestieren wir auf das energischste dagegen, daß in unserer Heimat unter Mißbrauch der Besatzungsgewalt Kriegskonferenzen und Generalstabsbesprechungen abgehalten werden, die nur neues Unglück und noch größeres Elend über Deutschland heraufbeschwören. Wir fordern alle Deutschen auf, diese Mißachtung ihres Selbstbestimmungsrechtes mit einem entschlossenen Kampf für den Frieden und die nationale Unabhängigkeit zu beantworten.“¹

Wir bitten Sie um Ihre Zustimmung zu dieser EntschlieÙung. Der vorgelegten EntschlieÙung des Präsidiums des Deutschen Volksrates und des Komitees der Kämpfer für den Frieden geben wir gern und freudig unsere Zustimmung, weil wir daran mitarbeiten wollen, die Millionen unseres Volkes zu dem Bewußtsein zu bringen, daß es nicht genügt, über den Krieg zu jammern, sondern daß man entschlossen sein muß, mit allen Mitteln für den Frieden zu kämpfen.

Wir sind stolz darauf, daß wir uns dabei in der Gesellschaft der größten lebenden Künstler und Wissenschaftler befinden. Sie alle geben den Völkern und auch dem deutschen Volke die Parole, für den Frieden zu kämpfen. Wir stehen gemeinsam an ihrer Seite und werden alles daransetzen, den 1. September zu einem gewaltigen Ruf für den Frieden zu machen.

In Deutschland wurde einmal im Jahre 1939 die Parole der Kriegshetzer ausgegeben: „Kanonen statt Butter!“ 1949 haben andere Kriegshetzer die Parole „Atombomben statt Frieden!“

¹ „Neues Deutschland“ vom 5. August 1949.

gegeben. Keine dieser Parolen ist für das deutsche Volk brauchbar. Wir brauchen unsere Kräfte für den Aufbau. Zum Aufbau brauchen wir Arbeit und Brot, und für Arbeit und Brot brauchen wir Ruhe und Frieden, denn der Krieg zerstört, aber der Frieden ernährt!

Mit der Sowjetunion für den Weltfrieden

2. Oktober 1949

Die große Friedensrede des sowjetischen Außenministers Wyschinski in der Vollversammlung der UNO am 23. September 1949 war ein erneutes Bekenntnis der Sowjetunion zur Politik friedlicher internationaler Zusammenarbeit. Wyschinski erhob seine Stimme gegen die Brandstifter eines neuen Krieges und mahnte die UNO-Delegierten an die Erfüllung der statutarisch von der Organisation der Vereinten Nationen übernommenen Pflicht, die Menschheit von den Schrecken eines Krieges zu befreien und alle Kräfte für Frieden und wahre Völkerfreundschaft einzusetzen.

Alle friedliebenden Menschen werden die Vorschläge des sowjetischen Außenministers auf Abschluß eines Paktes zur Sicherung des Friedens zwischen den Großmächten und einer Vereinbarung über das Verbot der Atomwaffen auf das wärmste begrüßen. Werden die Regierungen der USA und Großbritanniens die Bahn ihrer einseitigen und aggressiven Politik der letzten Jahre verlassen und sich auf den Weg der friedlichen Zusammenarbeit aller Großmächte zurückfinden? Diese Frage steht vor den Völkern der Welt.

Die Überlegungen der westlichen Großmächte werden sicherlich die Tatsache, daß die Sowjetunion das Geheimnis der Atomwaffe gelöst hat, nicht unberücksichtigt lassen können. Oft genug haben Kriegshetzer – wie Churchill und Dulles – dazu aufgefordert, daß die USA von ihrem Atommonopol Gebrauch machen sollen, um die Sowjetunion zu schwächen oder gar zu vernichten.

Angesichts der Friedenssehnsucht und des Friedenswillens der Völker haben die herrschenden Kreise der USA den zeitweiligen Besitz des Atommonopols nicht ausnutzen können. Sie entfesselten aber den kalten Krieg mit einer verleumderischen Hetzkampagne gegen die Sowjetunion, die Länder der Volksdemokratie und gegen alle fortschrittlichen Elemente der Welt, die selbst die abgefeimten Lügen der Nazipropaganda übertrifft. Die monopolkapitalistischen Regierungen der westlichen Großmächte gaben die Fortsetzung der Politik von Jalta und Potsdam preis und ersetzten sie durch eine Fülle einseitiger Maßnahmen, die naturgemäß zu einer starken Spannung im Lager der bisher verbündeten alliierten Mächte führen mußten.

Unter der Führung des Dollarimperialismus haben sich die monopolkapitalistischen Kreise der Westmächte vereinigt und eine aggressive Politik entwickelt, die sich gegen die Sowjetunion und gegen die mit ihr verbundenen volksdemokratischen Länder richtet. Zu den Bestandteilen dieser Politik gehört die gewaltige Erhöhung der Rüstungsausgaben besonders in den USA, der Ausbau militärischer Stützpunkte in fast allen Teilen der Welt, der Abschluß von Militärpakten und die Vertiefung des ökonomischen Einflusses des Dollarimperialismus auf schwächere kapitalistische Länder. Das Machtstreben des amerikanischen Imperialismus verhinderte die Lösung der deutschen Frage und führte in den westdeutschen Besatzungszonen zur Wiederbelebung des Monopolkapitals, dem das deutsche Volk den Nazismus und die Kriegsverbrechen zu verdanken hat. Im Sinne dieser aggressiven Politik trat an die Stelle der Demokratisierung und Wiederherstellung der Einheit Deutschlands die Politik der Wiederbelebung der militaristischen und faschistischen Kräfte, der Zerreißung Deutschlands und die Errichtung eines separaten westdeutschen Staates. Damit verwandelten sich die westdeutschen Besatzungszonen in eine Kolonie des Dollarimperialismus und in einen Stützpunkt aggressiver Kräfte.

Während die Sowjetunion die Grundsätze der friedlichen internationalen Zusammenarbeit verteidigt, sind die Regierungen der

USA und Großbritanniens zu den alten Methoden der imperialistischen Politik zurückgekehrt. Die Stationen dieser Politik sind gekennzeichnet durch den Marshallplan, den Nordatlantikpakt, das Ruhrstatut, das Besatzungsstatut, den Bonner Separatstaat und die Spaltung Berlins, der Hauptstadt Deutschlands. Der feste Wille zum Frieden und die Bereitschaft zum friedlichen Wettbewerb zwischen allen Staaten, unbeschadet ihrer gesellschaftlichen Systeme, findet in der Anwendung und Verteidigung des Grundsatzes internationaler Zusammenarbeit durch die Sowjetunion ihren tiefen Ausdruck. Die Sowjetpolitik blieb stets beseelt von dem Streben, durch Schaffung einer einheitlichen Front aller freiheitliebenden Völker gegen die Anstifter eines neuen Krieges, die Menschheit von dem Kriegsschrecken zu erlösen.

Vor, während und nach dem zweiten Weltkrieg hat die Sowjetpolitik den Grundsatz friedlicher Zusammenarbeit verfolgt. Als der deutsch-japanische Imperialismus sein Haupt erhob, war es die Sowjetunion, die zur gemeinsamen Abwehr der den Frieden bedrohenden Ansprüche dieser Aggressoren aufforderte. Das Zustandekommen der Antihitlerkoalition erfolgte allerdings erst, nachdem die Bemühungen des anglo-amerikanischen Monopolkapitals, die aggressiven faschistischen Pläne auf die sowjetischen Gebiete zu beschränken, vergeblich blieben. Erst die Bedrohung auch ihrer Länder durch den deutsch-japanischen Imperialismus brachte die Regierungen der kapitalistischen Staaten unter dem Druck ihrer Völker dazu, sich mit der Regierung der Sowjetunion an einen Tisch zu setzen. Die wirtschaftliche und militärische Kraft der Sowjetunion wurde bald in der ganzen Welt als entscheidender Faktor bei der Niederringung des Faschismus anerkannt. Die Stellung der Sowjetunion als gleichberechtigte Großmacht bei den zu treffenden internationalen Regelungen ist unbestreitbar.

Die Stärke der Sowjetunion mißfällt freilich den monopolkapitalistischen Kreisen aller Länder. Dieses Mißfallen hat sich noch gesteigert, nachdem sich in einer ganzen Reihe benachbarter

Länder der Sowjetunion volksdemokratische Entwicklungen anbahnten und sich hieraus für das Monopolkapital die Gefahr einer weiteren Beschränkung seines Ausbeutungsbereichs ergab. Die Produktionsschwierigkeiten, die in den kapitalistischen Ländern, vor allem in den USA und in Großbritannien, nach der Einschränkung der mit dem zweiten Weltkrieg verbundenen Rüstungswirtschaft in Erscheinung traten, waren für die Monopolkapitalisten ein weiterer Anlaß, um die Regierungen ihrer Länder zur Beendigung der friedlichen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion zu bewegen und die Einleitung einer aggressiven imperialistischen Politik zu fordern. Für das Monopolkapital kam es schließlich nur darauf an, die Rüstungsprofitquellen wieder freizulegen und jeder Einengung des kapitalistischen Ausbeutungsraumes entgegenzutreten. Genauso wie der Marshallplan nicht der wirtschaftlichen Wiederbelebung europäischer Staaten dient, sondern ein Mittel darstellt, um die Politik und das Wirtschaftsleben der Marshallplanländer dem anglo-amerikanischen Monopolkapital unterzuordnen, genausowenig dient die Westeuropäunion den Friedensinteressen der beteiligten Völker. Ihr Ziel ist allein die Verankerung des Einflusses der regierenden Kreise Amerikas und Englands in europäischen Ländern. Der Nordatlantikpakt zeigt deutlich das Weltherrschaftsstreben des anglo-amerikanischen Monopolkapitals und ist eine Herausforderung der Organisation der Vereinten Nationen.

Die Erklärung Stalins vom 27. Januar 1949, daß die Sowjetregierung gemeinsam mit der Regierung der USA die Abgabe einer Erklärung zu erörtern wünsche, die die friedlichen Ziele der Regierungen feststelle, versetzte der Kriegshetze gegen die Sowjetunion einen schweren Schlag. Das Angebot der Sowjetunion, mit der Regierung der USA über die Durchführung von Maßnahmen zu beraten, die auf die Verwirklichung eines Friedenspaktes gerichtet sind und zu einer allmählichen Abrüstung führen, war ein neuer Beweis dafür, daß die Sowjetunion den Frieden will und zu gegebener Stunde einzugreifen weiß, um den Kriegsbrandstiftern das Handwerk zu legen. Immer größere Kreise be-

greifen, daß die Friedensentschlossenheit der Sowjetunion die größte Hilfe für die Friedenskräfte der ganzen Welt ist. Die Sowjetpolitik ist die konsequente Fortsetzung einer Friedenspolitik, die auf allen internationalen Konferenzen ihren Ausdruck gefunden hat.

Für oder gegen den Frieden, das ist immer noch die wichtigste Entscheidung, die die Menschheit treffen muß. Die Völker der Sowjetunion und der volksdemokratischen Länder haben ihre Entscheidung getroffen. Aber auch in den kapitalistischen Ländern zeigt sich immer stärker der Wille der Werktätigen, den Kriegshetzern entgegenzutreten und für den Frieden zu kämpfen. Je größer und lauter das Geschrei über einen neuen Krieg ist, desto entschlossener werden sich die Stimmen für den Frieden melden. Die friedliebenden Menschen haben den Kampf gegen die Entfesselung eines neuen Krieges aufgenommen. Deswegen ist es heute nicht mehr so einfach, einen neuen Krieg vom Zaune zu brechen, wie es einst Hitler tun konnte. Würde die Entscheidung über Krieg oder Frieden nur von den Entschlüssen eines Churchill oder Dulles abhängen, so stünde die Welt schon längst wieder in Flammen. Aber die Völker sind gegen den Krieg. Sie verabscheuen den Krieg nicht nur, sondern sie führen auch einen aktiven Kampf für den Frieden. Das zeigen uns die Friedenskongresse in Paris und Prag, in Moskau und vielen anderen Städten und Ländern. Dafür zeugt auch der Widerhall, den die Friedensbewegung in ungezählten Demonstrationen und Versammlungen ausgelöst hat.

Die Wiederaufnahme der gemeinsamen Besprechungen der Außenminister der Großmächte war ein deutlicher Erfolg dieser Friedensbewegung. Hier bewährte sich die konsequente Friedenspolitik der Sowjetregierung und die enge Verbundenheit der Friedenskräfte in der ganzen Welt mit den Völkern der Sowjetunion. Die Erklärungen von Thorez, Togliatti, Pollitt und anderen Führern der Werktätigen vieler Länder, daß sich die freiheitsliebenden Völker künftig nicht mehr als Werkzeuge imperialistischer Mächte mißbrauchen lassen werden, hinterließen in der

ganzen Welt tiefen Eindruck. Das besonders Bedeutsame an diesen Erklärungen war der Umstand, daß die Friedenskräfte den imperialistischen Kriegstreibern rechtzeitig ihr Nein entgegenriefen und die marxistischen Arbeiterparteien kühn und unerschrocken die Führung in diesem Kampf um den Frieden übernahmen.

Die Erfolge der internationalen Friedensbewegung müssen für die deutschen Werktätigen ein Anlaß sein, die Notwendigkeit eines geschlossenen Vorgehens im Kampf der werktätigen Volksschichten für eine deutsche Friedensregelung und damit für die Einheit Deutschlands zu erkennen. Je leidenschaftlicher und einheitlicher die deutschen Werktätigen ihren Friedenswillen bekunden, desto eher werden die Zerreißungs- und Ausplünderungsmaßnahmen der amerikanischen Imperialisten und ihrer Helfershelfer zunichte gemacht. Die Deutschen müssen lernen und begreifen, daß sie selbst die Entscheidung über ihr Geschick zu treffen haben.

Die Friedenserklärung von Maurice Thorez, die zum Ausdruck brachte, daß die Sowjetunion niemals irgendein Volk überfallen habe oder überfallen werde und daher im Falle einer kriegerischen Verwicklung mit der Sowjetunion die französischen Werktätigen und das französische Volk entschlossen seien, den Kampf gegen alle Aggressoren mit der Sowjetunion gemeinsam zu führen, hat den französischen Ministerpräsidenten Queuille zu der Erwiderung veranlaßt, daß die französische Regierung auf amerikanische Hilfe rechne. Es ist interessant, feststellen zu müssen, daß sich auch deutsche Politiker auf diese amerikanische Hilfe verlassen. So schrieb der Berliner „Sozialdemokrat“ am 18. September dieses Jahres, daß in Deutschland niemand das Bedürfnis verspüre, den Westmächten nahezu legen, von einer weiteren Besetzung Deutschlands abzusehen, falls die sowjetische Besetzung aufgehoben werden würde. Diese Äußerungen zeigen die innere Schwäche jener kapitalistischen Regierungen und politischen Organisationen, die sich als Schrittmacher imperialistischer Kräfte gebrauchen lassen. Hier wird ganz offen das nationale Wohl des

eigenen Landes preisgegeben und werden die Sonderinteressen der kapitalistischen Klasse allen anderen Überlegungen vorangestellt.

Die Erklärungen von Thorez und Togliatti und das Echo, das sie in der ganzen Welt gefunden haben, zeigen aber, daß die Arbeiterklasse in allen kapitalistischen Ländern zu einer unüberwindlichen Kraft geworden ist. Das deutsche Volk hat das Versagen seiner fortschrittlichen Kräfte, die Spaltung der Arbeiterklasse und die bereitwillige Aufnahme der nazistischen Irrlehren mit der Herrschaft des Faschismus und mit den furchtbaren Wunden des zweiten Weltkrieges bezahlen müssen. Jedermann weiß, daß bei der gegenwärtigen Lage ein neuer Weltkrieg zuerst auf deutschem Boden beginnen und die vom letzten Krieg noch verschont gebliebenen Produktions- und Wohnstätten bedrohen würde. Daher ist der Kampf um die Erhaltung des Friedens und die Verbundenheit mit der Sowjetunion, als stärkster Friedensmacht, eine Lebensfrage des deutschen Volkes. Das Politbüro der SED gab in einer Erklärung gegen die Kriegshetzer der Überzeugung Ausdruck, daß das deutsche Volk im Falle einer Aggression gegen die Aggressoren kämpfen und die Sowjetarmee in der Herbeiführung des Friedens unterstützen müsse. Es bleibt die Aufgabe aller Friedenskräfte, dafür zu sorgen, daß in Deutschland nichts geschieht, was dazu beitragen kann, deutsche Menschen zum Kanonenfutter für die Weltmachtträume imperialistischer Staaten zu machen. Keine deutsche Hand darf sich für die unheilvollen und verbrecherischen Pläne rühren, die im Kreise der anglo-amerikanischen Monopolkapitalisten ausgeklügelt werden und die sich gegen die Sowjetunion und die Länder der Volkdemokratie wenden. Wir müssen die Antisowjethetze zerschlagen, wenn wir die Kriegshetzer treffen wollen. Wir wollen den Frieden, weil wir ohne Frieden das Werk unseres planvollen Wirtschaftsaufbaus nicht vollenden können und der Friede eine Voraussetzung für die Wiederherstellung der deutschen Einheit ist. Je nachhaltiger und fester alle friedliebenden Kräfte gegen den Krieg und seine Hintermänner ihre Stimmen erheben, desto eher

zeigt sich die Aussichtslosigkeit der Pläne jener Leute, die mit dem Feuer spielen. Desto eher wächst aber auch die Möglichkeit, die Wirkungen des letzten Krieges endgültig zu überwinden und zu einem besseren Leben zu kommen.

Regierungserklärung

12. Oktober 1949

Die Bildung der Regierung

Am 7. Oktober 1949 bin ich nach der Konstituierung der provisorischen Volkskammer von ihrer stärksten Fraktion, der Fraktion der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, als Ministerpräsident für die provisorische Regierung der Deutschen Demokratischen Republik benannt worden. Dem von Ihrem Herrn Präsidenten ausgesprochenen Wunsche folgend, habe ich sofort die Besprechungen zur Regierungsbildung mit den Fraktionen dieses hohen Hauses aufgenommen. Der Wille aller Fraktionen, tätig am Aufbau der Deutschen Demokratischen Republik und an der Lösung der vor uns liegenden schweren Aufgaben teilzunehmen, hat uns rasch zum Ziel geführt. Ich habe daher heute die Ehre, Ihnen die von mir gebildete provisorische Regierung vorzustellen und das Programm dieser Regierung vorzulegen mit der Bitte, die von mir gebildete Regierung zu bestätigen und das Regierungsprogramm zu billigen.

Warum brauchen wir eine Regierung?

Die Bildung der provisorischen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist ein Ausdruck des unerschütterlichen Willens der demokratischen Kräfte des deutschen Volkes, seine

nationale Not zu überwinden und sein Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen. Die Bildung dieser Regierung ist der Ausdruck der Tatsache, daß die demokratischen Kräfte unseres Volkes nicht gewillt sind, sich mit der Spaltung unseres Vaterlandes und mit der Versklavung seiner westlichen Teile abzufinden, sondern daß sie von dem eisernen Willen beseelt sind, beharrlich den Kampf um die Wiedererlangung der Einheit Deutschlands und seiner Souveränität auf demokratischer und friedlicher Grundlage zu führen.

Der von den Westmächten ins Leben gerufene Bonner Separatstaat ist die Vollendung der Spaltung Deutschlands, die von den imperialistischen Westmächten seit Jahr und Tag mit Beharrlichkeit betrieben wurde. Die dem deutschen Volke im Potsdamer Abkommen feierlich gegebenen Versprechungen wurden von diesen Mächten mit Füßen getreten, um in Deutschland ihre imperialistische Politik durchzuführen.

Unmittelbar nach der Beendigung des zweiten Weltkrieges gingen die führenden englisch-amerikanischen Kreise mit der Aufstellung der Trumandoktrin und des Marshallplans dazu über, eine dem Potsdamer Abkommen feindliche Politik durchzuführen. Sie verweigerten hartnäckig dem deutschen Volke den versprochenen Friedensvertrag, sie verhinderten die Bildung zentraler deutscher Verwaltungsorgane und zerrissen durch eine Kette von Vertragsbrüchen die im Potsdamer Abkommen gewährleistete Einheit Deutschlands. Bereits im Dezember 1946 wurde von den Regierungen der USA und Großbritanniens ein Abkommen über die Bildung der Bizone getroffen, das den ersten praktischen Schritt auf dem Wege zur Zerreißung Deutschlands bedeutete. Mit der Bildung des bizonalen Wirtschaftsrates wurde ein separates Verwaltungsorgan in Westdeutschland gebildet. Es war klar, daß mit diesen Maßnahmen die im Potsdamer Abkommen vorgesehene Viermächteverwaltung Deutschlands erschüttert wurde. Trotz der Warnungen und Proteste der Regierung der Sowjetunion, trotz des Widerstandes der deutschen demokratischen Kreise

setzen die imperialistischen Mächte und ihre deutschen Beauftragten die Spaltungspolitik fort. Im Jahre 1947 führten sie die wirtschaftliche Abtrennung des Ruhrgebiets von Deutschland und die Unterstellung dieses wichtigsten deutschen Industriegebietes unter die Kontrolle der USA und Großbritanniens durch. 1948 beschlossen die imperialistischen Westmächte unter Beteiligung der Beneluxländer in den Londoner Beratungen ihre berüchtigten Empfehlungen, die weitere Befehle zur Durchführung der Spaltungspolitik waren. Die separate Währungsreform in Westdeutschland und in Berlin bedeutete noch einen wesentlichen Schritt auf diesem verhängnisvollen Wege. Im April 1949 beschlossen dieselben Mächte in Washington, den westlichen Besatzungszonen ein Besatzungsstatut aufzuzwingen, um damit Westdeutschland für unbestimmte Frist militärisch in der Hand zu behalten. Um ihre Herrschaft über die Ruhr zu festigen, beschlossen sie das Ruhrstatut.

Schließlich führten sie mit der Errichtung des Bonner Separatstaates die Spaltung zu Ende. Diese systematisch betriebene Spaltungspolitik versuchten sie mit der Bonner Verfassung zu maskieren, die nur eine Ausführungsbestimmung des Besatzungsstatuts ist.

Bei einer solchen Politik konnten sich die imperialistischen Mächte nicht auf die demokratischen und fortschrittlichen Kräfte des deutschen Volkes stützen, die ein einheitliches, demokratisches und friedliebendes Deutschland wollen. Darum verhinderten sie die Durchführung der Entmilitarisierung und der Demokratisierung Westdeutschlands, sie verhinderten die Vernichtung der großen kapitalistischen Monopole und brachten dieselben Kräfte wieder an die Macht, die in Deutschland die faschistische Herrschaft errichtet und den Hitlerkrieg inspiriert hatten. In den Westzonen Deutschlands wurden die Grundlagen des deutschen Imperialismus wiedererrichtet. Westdeutschland ist ein Tummelplatz ausländischer und deutscher Imperialisten und Militaristen. Diese Elemente sind es, die heute im Bonner Separatstaat wiederum

eine reaktionäre Herrschaft errichtet haben und darangehen, das deutsche Volk ein drittes Mal auf den verhängnisvollen Weg der kapitalistischen Wirtschaftskrisen und imperialistischen Kriegsabenteuer zu führen.

Schon lasten die Folgen der monopolistischen Wirtschaftspolitik mit ungeheurer Wucht auf unseren Landsleuten in den westlichen Besatzungszonen. Die Schuldenlast des westdeutschen Separatstaates beträgt bereits mehr als 5 Milliarden Dollar und nimmt ständig zu. Obwohl zahlreiche Großstädte in den Westzonen noch immer in Trümmern liegen, geht das Gespenst der Arbeitslosigkeit um, das den Volksmassen Hunger und Elend bringt. Wiederum, wie unter Hitler, wird diese Notlage des Volkes dazu ausgenützt, um es für imperialistische Kriegsziele zu mißbrauchen. Die herrschenden Kreise Westdeutschlands führen den Auftrag ihrer imperialistischen Herren durch, die Rüstungsindustrie zum Arsenal des amerikanischen Imperialismus zu machen, Westdeutschland in ein Aufmarschgebiet für eine neue Aggression umzuwandeln und die Bevölkerung der deutschen Westzonen als Kanonenfutter für die Interessen ausländischer Finanzkreise zu verschachern. Darum betreiben die Herren so eifrig den Anschluß des Bonner Separatstaates an die Europaunion und seine Eingliederung in den Nordatlantikpakt. Der Weg im Westen ist der gleiche Weg in Verderben, Not und Tod, auf dem einst Hitler das deutsche Volk in den Abgrund führte.

Die drohende Gefahr eines imperialistischen Krieges hat uns mit gebieterischer Notwendigkeit die Aufgabe gestellt, für den Kampf zur Wiedervereinigung Deutschlands, für den demokratischen Neuaufbau und für den Frieden eine wirkungsvolle und starke Führung zu schaffen. Dazu haben wir die Deutsche Demokratische Republik konstituiert und die provisorische Regierung gebildet.

Die provisorische Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist sich dabei dessen bewußt, daß sie ihre Aufgabe nur erfüllen kann, wenn sie einen neuen Weg, den Weg des Friedens und der Demokratie beschreitet.

Ein Irrweg und zwei Kriege

Das deutsche Volk ist durch die Politik des deutschen Imperialismus schon zweimal in nationale Katastrophen größten Ausmaßes geführt worden. Der deutsche Imperialismus, der bei der Aufteilung der Welt in Kolonialgebiete und Interessensphären gegenüber dem englischen und amerikanischen Imperialismus zu kurz gekommen war, hatte das Bedürfnis, in kürzester Frist die Aufteilung der Welt zu seinen Gunsten zu korrigieren. Das ist der Grund dafür, weshalb in der Vergangenheit der deutsche Imperialismus die aggressivsten Züge aufwies und 1914 den ersten imperialistischen Weltkrieg provozierte. Dieser erste Weltkrieg endete mit einer katastrophalen Niederlage des deutschen Imperialismus. Seine Drahtzieher verstanden es aber sehr gut, die Folgen der Niederlage auf die Schultern der werktätigen Massen abzuladen und sogar noch aus der Niederlage zu profitieren. Sie gaben ihre Sache nicht verloren. Sie unterstützten und förderten das Aufkommen des Faschismus in Deutschland und trieben nach Unterdrückung der demokratischen Kräfte Deutschland in den zweiten Weltkrieg, um dem deutschen Imperialismus die Vorherrschaft in der Welt zu erobern. Der zweite Weltkrieg endete mit der totalen Niederlage Hitlerdeutschlands und seiner Trabanten. Deutschland war ein Trümmerfeld geworden. Millionen und aber Millionen Männer, Frauen und Kinder fielen dem Kriege zum Opfer. Das war das unausbleibliche Ergebnis der Politik der Aggression, des Raubes, der Kriegsabenteuer und der nationalen Unterdrückung anderer Völker. Diese Politik mußte das deutsche Volk teuer bezahlen. Sie führte unvermeidlich zum zweiten Male in die Katastrophe.

Die Tragik des deutschen Volkes war, daß es nach dem ersten Weltkrieg nicht mit genügender Klarheit erkannte, welche Kräfte Deutschland in den ersten Weltkrieg und in die Niederlage geführt hatten. Die in Deutschland besonders starken Überreste des Feudalismus, die große Gebiete unseres Landes beherrschenden Großgrundbesitzer, die Junker, die gleichzeitig die Hauptträger

des Militarismus waren, hatten sich bei der fortschreitenden industriellen Entwicklung mit dem Monopolkapitalismus verbunden, der dadurch ein besonders aggressives Gepräge erhielt. Junker, Militaristen, Monopolkapitalisten waren die Kräfte in Deutschland, die an Kriegen und Eroberungen interessiert waren, während die überwältigende Masse des deutschen Volkes nur in einer friedlichen Entwicklung ihre Lebensgrundlage haben konnte. Die Junker, Militaristen, Monopolkapitalisten waren jedoch nach 1918 im Besitz aller Machtpositionen geblieben. Sie beherrschten nicht nur die Industrie, die Banken, die Landwirtschaft, sondern auch die sogenannte öffentliche Meinung und natürlich – infolge dieser Verankerung in allen Machtpositionen – auch jede Regierung. Das einzige ernsthafte Hindernis, das diesen reaktionären Kräften den Weg in neue Kriegsabenteuer und Katastrophen des deutschen Volkes versperrte, waren die Organisationen der deutschen Arbeiterklasse. Leider konnten sie sich nicht zu einer gemeinsamen und entschlossenen Politik zusammenfinden, um den imperialistischen Kriegstreibern in den Arm zu fallen. Die Arbeiterbewegung wurde nach der Errichtung der faschistischen Diktatur grausam unterdrückt. Nach der Zerschlagung der Arbeiterbewegung wurde jede andere demokratische Bewegung im deutschen Volke mit den Mitteln brutalsten Terrors beseitigt.

Die demokratischen Kräfte in Deutschland wären vereint in der Lage gewesen, das Unheil aufzuhalten. Sie hatten sich jedoch von den Feinden des Volkes auseinanderbringen lassen und wurden getrennt geschlagen und vernichtet. Diese ungenügende Stärke und Reife der deutschen demokratischen Kräfte ermöglichten den Erfolg des Faschismus und den zweiten großen Versuch des deutschen Imperialismus, die Neuaufteilung der Welt zu seinen Gunsten durchzuführen. Zwei Weltkriege in einer Generation hat der deutsche Imperialismus dem deutschen Volke gebracht. Das darf sich nicht mehr wiederholen. Alle fortschrittlichen Kräfte müssen vereint dafür sorgen, daß nie wieder der deutsche Imperialismus in seinem Drang nach Eroberungen die Lebensgrundlagen des deutschen Volkes zerstören kann.

In diesem Sinne nimmt die Regierung den Auftrag der Volkskammer an. Sie wird ihn durchführen in völliger Übereinstimmung mit den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz und den sonstigen gemeinsamen Deklarationen der Alliierten. Die Regierung ist sich dabei der ganzen Schwere der Schuld und der Verantwortung bewußt, die das deutsche Volk dadurch auf sich lud, daß es blind der aggressiven Kriegspolitik der nationalsozialistischen Machthaber gefolgt ist und daß es die furchtbaren Verbrechen duldete, die im zweiten Weltkrieg an den Völkern Europas und besonders an den Völkern der Sowjetunion begangen wurden.

Der neue Weg führt zum Frieden

Der neue Weg ist der Weg der Demokratie, des Friedens und der Freundschaft mit allen Völkern. Bei der Verfolgung dieses Weges kann und wird sich die Regierung auf die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz stützen. Die Potsdamer Beschlüsse gehen von der Tatsache der totalen Niederlage Hitlerdeutschlands und der Zerschmetterung des faschistischen Machtapparates aus. Das dadurch entstandene Vakuum sollte durch die Viermächteregierung ausgefüllt werden. Von vornherein war man sich darüber klar, daß die Besetzung Deutschlands nur vorübergehend sein sollte. Besetzung und Viermächteverwaltung in Deutschland sollten die Grundlagen des deutschen Imperialismus beseitigen, den deutschen Militarismus ausrotten und das deutsche Volk in demokratischem Sinne umerziehen und auf den Weg des Friedens bringen. Deshalb sieht das Potsdamer Abkommen ausdrücklich vor, daß eine einheitliche Verwaltung in ganz Deutschland herbeizuführen ist, daß die Viermächteverwaltung nach Erfüllung ihres Hauptzwecks, nämlich der Beseitigung der Grundlagen des deutschen Imperialismus und Militarismus durch eine eigene demokratische Regierung des deutschen Volkes abzulösen ist. Die Potsdamer Beschlüsse enthalten als eine Rechtsgrundlage für die Lebensforderungen des deutschen Volkes die Vereinigung aller

Teile Deutschlands in einer einheitlichen demokratischen Republik. Die Regierung vertritt die Ansicht, daß kein Deutscher auf diese Rechtsgrundlagen verzichten kann.

Die Handlungen der Regierung werden durch nichts anderes bestimmt als durch die vom Deutschen Volksrat beschlossene, vom 3. Deutschen Volkskongreß bestätigte und durch die Volkskammer in Kraft gesetzte Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik. Die Regierung geht aus der ersten unabhängigen deutschen Volksbewegung hervor, sie ist damit die erste unabhängige deutsche Regierung. Durch ihre Herkunft aus dem deutschen Volke selbst unterscheidet sie sich schon von der auf Grund der Bonner Verfassung errichteten westdeutschen Separatregierung. Die Bonner Verfassung ist nur die Ausführungsbestimmung des Besatzungsstatuts der westlichen Alliierten. Der in Westdeutschland errichtete Verfassungszustand ist keineswegs als der Ausdruck einer eigenen deutschen politischen Willensbildung anzuerkennen. Der westdeutsche Sonderstaat ist nicht in Bonn, sondern in London entstanden. Bonn hat nur die Londoner Empfehlungen, die in Wahrheit Befehle der westlichen Alliierten waren, ausgeführt. Der nunmehr in die Volkskammer umgewandelte frühere Deutsche Volksrat hat wiederholt Vorschläge an die westdeutschen Politiker ergehen lassen, eine gemeinsame politische Plattform für eine demokratische Willensbildung in ganz Deutschland zu schaffen. Sie haben in Westdeutschland diesen demokratischen Weg abgelehnt und glauben, mit den Methoden einer maßlosen Hetze und Verleumdung gegen die Sowjetunion und gegen die sowjetische Besatzungszone weiterzukommen. Gegenüber dieser Politik der chauvinistischen Verhetzung wird die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik bemüht sein, die gesunden politischen Kräfte Deutschlands in den Grundfragen der nationalen Einheit und der Schaffung eines Friedensvertrages zu sammeln. Die Regierung wird alles tun, was der Einheit Deutschlands und dem Frieden dienen kann, sie wird alles verhindern, was dieses Ziel gefährdet. Die westdeutschen Politiker, die westlichen Alliierten und darüber hinaus die Weltöffentlichkeit wer-

den sich davon überzeugen müssen, daß nur dann, wenn dem deutschen Volke das Recht auf die staatliche Selbstbestimmung eingeräumt wird, das Deutschlandproblem gelöst werden kann. Wir sind unseres geschichtlichen Erfolges auch in Westdeutschland sicher, weil unsere Zielsetzung mit den natürlichen und einfachen Lebensgesetzen unseres Volkes völlig übereinstimmt. Der westdeutsche Separatstaat weist schon in seiner Geburtsstunde alle Krankheitszeichen eines politischen Wechselbalges und einer Krisis auf, er kann darum vor dem Urteil der Geschichte nicht bestehen.

Der Weg des Friedens, den die Regierung zu gehen entschlossen ist, enthält auch die Anerkennung der uns auferlegten Reparationsverpflichtungen, den Kampf gegen den Geist des Faschismus und Militarismus und deren organisatorische Wiederbelebung, die Errichtung eines demokratischen Staatswesens und die Herstellung friedlicher und freundschaftlicher Beziehungen zu allen Völkern der Erde. Diese Grundsätze sind Ausgangspunkt aller Aufgaben, die die Regierung sich gestellt hat. Diese Grundsätze entsprechen dem Geist, von dem die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik durchdrungen ist. Wir sind uns bewußt, daß wir viel daran arbeiten müssen, um den deutschen Namen in der Welt wieder zu Achtung und Anerkennung zu bringen. Das Werk der geistigen Erneuerung der deutschen Nation muß mit allen Kräften getan werden. Es gibt keine Bestimmung, die uns daran hindern könnte, diese Aufgabe zu erfüllen. Es gibt auch keine Bestimmung, die uns daran hindern kann, das zu tun, was wir getan haben – die Entwicklung eines eigenständigen deutschen demokratischen und friedlichen Staatswesens in Gang zu bringen.

Die Entwicklung unseres deutschen demokratischen und friedlichen Staates wird am stärksten behindert von den imperialistischen Westmächten, die die Spaltung Deutschlands bis zu dem heutigen beklagenswerten Stand vorwärtsgetrieben haben. Allerdings müssen wir auch berücksichtigen, daß die Politik der Spaltung, der Zerstückelung Deutschlands, nicht erst aus dem Jahre

1946 stammt. Auf seiten der Westmächte waren schon während des Krieges starke Bestrebungen festzustellen, Deutschland in eine Reihe Teilstaaten aufzusplittern, die nach Möglichkeit untereinander verfeindet sein sollten. Es ist bekannt, daß seitens der USA schon auf der Konferenz von Teheran 1943 der Vorschlag unterbreitet wurde, Deutschland nach Abschluß des Krieges in fünf Teile zu zerstückeln. Die Regierung von Großbritannien war diesen Vorschlägen durchaus nicht abgeneigt. Churchill und Eden machten im Oktober 1944 den Vorschlag, Deutschland in drei voneinander unabhängige Einzelstaaten aufzuspalten. Daß Großbritannien und die USA bei den Potsdamer Besprechungen ihre Teilungsabsichten zurückstellen mußten, ist nur der konsequenten Politik der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zu verdanken, die unbeirrbar auf Erhaltung der Einheit Deutschlands bestand und sich schon damals allen Teilungsplänen mit Entschiedenheit widersetzte. Dies fand besonders seinen Ausdruck in der Erklärung des Generalissimus Stalin vom 9. Mai 1945, daß die Sowjetunion nicht die Absicht habe, Deutschland zu zerstückeln oder zu vernichten.

In der Deklaration über die Niederlage Deutschlands vom 5. Juni 1945 ist festgestellt worden, die Besetzung bedeute die zeitweilige Ausübung der Staatsgewalt, solange keine eigenständige deutsche Zentralregierung geschaffen sei. Ausdrücklich heißt es in dieser Verlautbarung, die zeitweilige Übernahme der Staatsgewalt durch die Alliierten „bewirke nicht die Annexion Deutschlands“ und auch die Potsdamer Beschlüsse sehen lediglich eine vorübergehende Besetzung Deutschlands vor. Heute aber sehen wir, daß die westlichen Besatzungsmächte mit Hilfe deutscher Politiker ein Besatzungsstatut geschaffen haben, das darauf abzielt, die berechnete vorübergehende Besetzung in eine unberechtigte bewaffnete Intervention ohne zeitliche Begrenzung in Westdeutschland zu verwandeln. Dadurch wird das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes über seine eigenen Angelegenheiten mit Füßen getreten. Das Besatzungsstatut steht im stärksten Widerspruch zu den einstimmig gefaßten Beschlüssen der

alliierten Mächte. Nach diesen Beschlüssen war das nationale Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes auf demokratischer und friedlicher Grundlage feierlich manifestiert und dem deutschen Volke der Weg gewiesen, auf dem es seine staatliche Selbständigkeit und friedliche Zukunft erlangen kann. Die Alliierten behielten sich lediglich vor, die Wiedergeburt des deutschen Imperialismus und seiner aggressiven Politik zu verhüten. Eine solche Aufgabe kann uns niemals in irgendeinen politischen Gegensatz zu den Alliierten bringen. Wir erstreben keinen anderen Staat als einen demokratischen, der das furchtbare Erbe des Faschismus und Militarismus überwindet und freundschaftliche Beziehungen zu allen Völkern der Welt unterhält. Unsere politischen Ziele gehen also mit den Zielen konform, die die Alliierten als für Deutschland verbindlich in Potsdam festlegten. Die Westmächte haben aber das von ihnen feierlich unterzeichnete Abkommen gebrochen. Statt der im Potsdamer Abkommen vorgesehenen Demokratisierung, Entmilitarisierung und Entnazifizierung Deutschlands sind sie bestrebt, die von ihnen besetzten Teile Deutschlands in eine Kolonie zu verwandeln, die mit den traditionellen Methoden imperialistischer Kolonialherrschaft regiert und ausgebeutet wird. Von Demokratisierung, Entmilitarisierung und Entnazifizierung ist keine Rede. Die von Anfang an sorgfältig konservierten Kräfte der deutschen Reaktion, verstärkt durch den in Westdeutschland immer mehr um sich greifenden Neofaschismus, haben mit aktiver Unterstützung der Besatzungsmächte die alten Machtpositionen wieder eingenommen. Die im Potsdamer Abkommen vorgesehene Demontage der deutschen Kriegsindustrie, wobei ausdrücklich festgelegt war, daß dem deutschen Volke alle Möglichkeiten der Entwicklung einer friedlichen Industrie belassen werden sollten, wurde umgewandelt in die Konkurrenzdemontage von Industriewerken und ganzen Industriezweigen, die ausschließlich der deutschen Friedenswirtschaft dienen, während gleichzeitig die Wiederaufrüstung betrieben wird. Nach dem Potsdamer Abkommen hätten die Demontagen schon vor Jahren abgeschlossen sein müssen. Die Regierung wird

1946 stammt. Auf seiten der Westmächte waren schon während des Krieges starke Bestrebungen festzustellen, Deutschland in eine Reihe Teilstaaten aufzusplittern, die nach Möglichkeit untereinander verfeindet sein sollten. Es ist bekannt, daß seitens der USA schon auf der Konferenz von Teheran 1943 der Vorschlag unterbreitet wurde, Deutschland nach Abschluß des Krieges in fünf Teile zu zerstückeln. Die Regierung von Großbritannien war diesen Vorschlägen durchaus nicht abgeneigt. Churchill und Eden machten im Oktober 1944 den Vorschlag, Deutschland in drei voneinander unabhängige Einzelstaaten aufzuspalten. Daß Großbritannien und die USA bei den Potsdamer Besprechungen ihre Teilungsabsichten zurückstellen mußten, ist nur der konsequenten Politik der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zu verdanken, die unbeirrbar auf Erhaltung der Einheit Deutschlands bestand und sich schon damals allen Teilungsplänen mit Entschiedenheit widersetzte. Dies fand besonders seinen Ausdruck in der Erklärung des Generalissimus Stalin vom 9. Mai 1945, daß die Sowjetunion nicht die Absicht habe, Deutschland zu zerstückeln oder zu vernichten.

In der Deklaration über die Niederlage Deutschlands vom 5. Juni 1945 ist festgestellt worden, die Besetzung bedeute die zeitweilige Ausübung der Staatsgewalt, solange keine eigenständige deutsche Zentralregierung geschaffen sei. Ausdrücklich heißt es in dieser Verlautbarung, die zeitweilige Übernahme der Staatsgewalt durch die Alliierten „bewirke nicht die Annexion Deutschlands“ und auch die Potsdamer Beschlüsse sehen lediglich eine vorübergehende Besetzung Deutschlands vor. Heute aber sehen wir, daß die westlichen Besatzungsmächte mit Hilfe deutscher Politiker ein Besatzungsstatut geschaffen haben, das darauf abzielt, die berechnete vorübergehende Besetzung in eine unberechtigte bewaffnete Intervention ohne zeitliche Begrenzung in Westdeutschland zu verwandeln. Dadurch wird das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes über seine eigenen Angelegenheiten mit Füßen getreten. Das Besatzungsstatut steht im stärksten Widerspruch zu den einstimmig gefaßten Beschlüssen der

alliierten Mächte. Nach diesen Beschlüssen war das nationale Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes auf demokratischer und friedlicher Grundlage feierlich manifestiert und dem deutschen Volke der Weg gewiesen, auf dem es seine staatliche Selbständigkeit und friedliche Zukunft erlangen kann. Die Alliierten behielten sich lediglich vor, die Wiedergeburt des deutschen Imperialismus und seiner aggressiven Politik zu verhüten. Eine solche Aufgabe kann uns niemals in irgendeinen politischen Gegensatz zu den Alliierten bringen. Wir erstreben keinen anderen Staat als einen demokratischen, der das furchtbare Erbe des Faschismus und Militarismus überwindet und freundschaftliche Beziehungen zu allen Völkern der Welt unterhält. Unsere politischen Ziele gehen also mit den Zielen konform, die die Alliierten als für Deutschland verbindlich in Potsdam festlegten. Die Westmächte haben aber das von ihnen feierlich unterzeichnete Abkommen gebrochen. Statt der im Potsdamer Abkommen vorgesehenen Demokratisierung, Entmilitarisierung und Entnazifizierung Deutschlands sind sie bestrebt, die von ihnen besetzten Teile Deutschlands in eine Kolonie zu verwandeln, die mit den traditionellen Methoden imperialistischer Kolonialherrschaft regiert und ausgebeutet wird. Von Demokratisierung, Entmilitarisierung und Entnazifizierung ist keine Rede. Die von Anfang an sorgfältig konservierten Kräfte der deutschen Reaktion, verstärkt durch den in Westdeutschland immer mehr um sich greifenden Neofaschismus, haben mit aktiver Unterstützung der Besatzungsmächte die alten Machtpositionen wieder eingenommen. Die im Potsdamer Abkommen vorgesehene Demontage der deutschen Kriegsindustrie, wobei ausdrücklich festgelegt war, daß dem deutschen Volke alle Möglichkeiten der Entwicklung einer friedlichen Industrie belassen werden sollten, wurde umgewandelt in die Konkurrenzdemontage von Industrierwerken und ganzen Industriezweigen, die ausschließlich der deutschen Friedenswirtschaft dienen, während gleichzeitig die Wiederaufrüstung betrieben wird. Nach dem Potsdamer Abkommen hätten die Demontagen schon vor Jahren abgeschlossen sein müssen. Die Regierung wird

sich niemals damit abfinden, daß in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands ein jeder Rechtsgrundlage entbehrendes Besatzungsstatut dazu benutzt wird, um einen Teil unseres Vaterlandes in eine Kolonie zu verwandeln. Wir werden den Weg des deutschen Volkes zu einem einheitlichen, demokratischen und friedliebenden Deutschland zu finden wissen.

Wir sind nicht allein

Wir wissen, daß wir in unserem Kampf um die Einheit Deutschlands, der ein Bestandteil des Kampfes um den Frieden ist, nicht allein stehen. Wir haben das Glück, uns in diesem Kampf auf das große Lager des Friedens in der Welt stützen zu können, dessen ständig zunehmende Stärke die imperialistischen Kriegsinteressenten Schritt um Schritt zurückdrängt. Diese Kräfte des Friedens in der ganzen Welt werden geführt von der Sowjetunion, die eine andere Politik als die Politik des Friedens weder kennt noch kennen kann.

„... die Hitler kommen und gehen, aber das deutsche Volk, der deutsche Staat bleibt.“¹

Diese Worte des Generalissimus Stalin, ausgesprochen noch während des Krieges im Februar 1942, haben dem deutschen Volk Hoffnung und Zuversicht eingeflößt. Die Politik der Sowjetregierung seit dem Mai 1945 war geradlinig ohne irgendwelche Abweichungen auf das Ziel der Errichtung eines dauerhaften Friedens gerichtet, der ohne ein einheitliches, demokratisches und friedliebendes Deutschland nicht denkbar ist. Die Sowjetunion hat in den vergangenen Jahren keine Gelegenheit vorübergehen lassen, in Konferenzen mit den anderen Besatzungsmächten die Forderung auf Abschluß eines Friedensvertrages, auf Bildung einer deutschen Regierung, auf Herstellung eines einheit-

¹ J. Stalin, „Über den Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion“, S. 50.

lichen Deutschlands und schließlich auf Abzug aller Besatzungstruppen ein Jahr nach Abschluß des Friedensvertrages zu wiederholen. Die Bemühungen der Sowjetunion sind durch die Spaltungspolitik der Westmächte immer wieder zunichte gemacht worden. Die Sowjetunion beabsichtigte nicht, Deutschland auf unbegrenzte Zeit besetzt zu halten. Als die Sowjetregierung feststellen mußte, daß infolge der systematischen Verletzung des Potsdamer Abkommens durch die Westmächte, infolge der mit Bildung des separaten Weststaates vollzogenen Spaltung Deutschlands eine neue Lage entstanden war, die neue grundlegende Entscheidungen erforderlich machte, hat die Sowjetregierung nicht gezögert, wenigstens von sich aus und soweit es ihr möglich war, dem deutschen Volke die im Potsdamer Abkommen zugebilligten Rechte zu gewähren. Die von Armeegeneral Tschuikow am 10. Oktober 1949 übermittelte Erklärung der Sowjetregierung bestätigt die Folgerichtigkeit und Ehrlichkeit der sowjetischen Politik der Freundschaft und des Friedens mit dem deutschen Volk. Diese Erklärung leitet eine Wende in der Geschichte Deutschlands ein. Im Namen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und im Namen des deutschen Volkes danke ich der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken für die befreiende Tat, die dem deutschen Volk wieder eine eigene staatliche Entwicklung gewährleistet. Insbesondere gilt unser Dank dem Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, Generalissimus Stalin. Die befreiende Tat der Sowjetunion, die uns die Bildung einer eigenen deutschen Regierung ermöglichte, verpflichtet uns, in Zukunft noch mehr als bisher für die Freundschaft mit der Sowjetunion einzutreten. Frieden und Freundschaft mit der Sowjetunion sind Voraussetzung für ein Aufblühen, ja, für die nationale Existenz des deutschen Volkes und Staates. Die Freundschaft mit der Sowjetunion gibt uns die Kraft zur Erfüllung der großen nationalen Aufgaben, die sich die Regierung gestellt hat.

Die Politik des Friedens und der Freundschaft zur Sowjetunion findet ihre Ergänzung im Verhältnis zu den Volksdemokratien, vor allem mit unseren Nachbarn, dem neuen Polen und der

Tschechoslowakischen Republik sowie mit allen friedliebenden Völkern. In ihren Bemühungen um die Gewinnung von Söldnern gegen die Sowjetunion und gegen die Volksdemokratien haben die Westmächte, die die Oder-Neiße-Grenze mit geschaffen haben, die die Aussiedlung der deutschen Bevölkerung dieser Gebiete nicht nur mit beschlossen haben, sondern auch an ihrer aktiven Durchführung beteiligt waren, den Versuch unternommen, diese Grenze zu einer Grenze der Feindschaft zwischen Deutschland und seinen östlichen Nachbarn zu machen. Die imperialistischen Westmächte und ihre Beauftragten haben erst dann begonnen, die Oder-Neiße-Grenze zur Schürung des Chauvinismus auszunutzen, als ihnen klar wurde, daß die polnische Republik für den anglo-amerikanischen Imperialismus verloren ist. Die Oder-Neiße-Grenze ist für uns eine Friedensgrenze, die ein freundschaftliches Verhältnis mit dem polnischen Volke ermöglicht. Es ist verbrecherisch, auch nur den Gedanken zu erwägen, das ausgeblutete deutsche Volk noch einmal in Krieg und Katastrophe zu stürzen. Wer übrigens dem Besatzungsstatut zugestimmt und damit seine Bereitschaft bewiesen hat, Deutschland als Kolonie an die imperialistischen Mächte auszuliefern, hat auch kein Recht, über Grenzfragen im Osten zu zetern.

Die Regierung weiß sich in ihrer Stellungnahme zur Oder-Neiße-Grenze in Übereinstimmung mit allen deutschen demokratischen Parteien. In den vom demokratischen Block einstimmig angenommenen Grundsätzen ist diese Stellungnahme der deutschen demokratischen Parteien verankert.

Die Regierungen der Volksdemokratien haben zusammen mit der Sowjetunion schon anlässlich der Warschauer Außenministerkonferenz im Juni 1948 Beschlüsse gefaßt, welche die Einheit Deutschlands, den Abschluß eines gerechten Friedensvertrages und den Abzug aller Besatzungstruppen verlangen. Diese Beschlüsse bedeuten eine große Unterstützung des deutschen Volkes. Die Wiedergewinnung des Vertrauens und die Herbeiführung eines auf gegenseitiger Achtung beruhenden Verhältnisses zu allen Völkern erfordern deshalb mehr denn je die Unterbindung jeder

Völkerverhetzung. Die Freundschaft mit der Sowjetunion, den Volksdemokratien und allen anderen friedliebenden Völkern ist daher die Grundlage der Außenpolitik der Regierung.

Die deutsche Regierung ist gewillt, freundschaftliche und friedliche Beziehungen zu allen Staaten herzustellen, die ihrerseits bereit sind, in Frieden und Freundschaft mit Deutschland zu leben und die unsere nationalen Interessen anerkennen.

Den Ausbau von Handelsbeziehungen zu allen Staaten, die bereit sind, mit uns auf der Grundlage der Gleichberechtigung Handel zu treiben, sieht die Regierung als eine ihrer wichtigsten Aufgaben an. Besonders wichtig sind für uns die Handelsbeziehungen mit der Sowjetunion und den Volksdemokratien, die in den letzten Jahren bereits einen beachtlichen und erfreulichen Umfang erreicht haben. Die Regierung wird auch bemüht sein, rasch einen umfangreichen Handel mit der jüngsten Volksrepublik, China, zu entwickeln.

Die Quellen unserer Kraft

Die Unterstützung, die das deutsche Volk im Kampf um seine nationalen Rechte bei der Sowjetunion und den Volksdemokratien gefunden hat, mit der wir auch in Zukunft rechnen können, darf unsere Augen nicht vor der Tatsache verschließen, daß das deutsche Volk selbst um seine Rechte kämpfen und sich diese Rechte erringen muß. Die Unterstützung auf dem Gebiete der internationalen Politik ist für uns von unschätzbarem Wert. Sie ist aber eben nur eine Unterstützung und setzt das Eintreten aller patriotischen Kräfte des demokratischen Deutschlands für die Rechte des deutschen Volkes voraus.

Die Quelle unserer Kraft liegt in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, die alle ehrlichen Deutschen im Kampf um die allen gemeinsamen nationalen Ziele zu vereinen bestrebt ist. In der Frage der Einheit Deutschlands, des Abschlusses eines gerechten Friedensvertrages, des Abzuges aller Besat-

zungstruppen in einer festzusetzenden kurzen Frist nach Abschluß des Friedensvertrages, in der Frage der Entmilitarisierung, der Wiederherstellung der nationalen Selbständigkeit und Souveränität des deutschen Volkes auf demokratischer Grundlage kann es unter ehrlichen deutschen Patrioten keine Meinungsverschiedenheiten geben. Sie müssen daher einmütig zusammenstehen und zusammenarbeiten. Von ihrer Einheit und ihrer Zusammenarbeit hängt die Rettung der deutschen Nation ab.

Die in dem Manifest der Nationalen Front des demokratischen Deutschland enthaltenen Forderungen können mit gutem Gewissen von jedem ehrlichen Deutschen ungeachtet seiner parteimäßigen Bindung oder seiner Weltanschauung unterschrieben werden. Die Durchsetzung der in dem Manifest der Nationalen Front des demokratischen Deutschland enthaltenen Forderungen, die auch die Forderungen der deutschen Regierung sind, gewährleistet ein demokratisches, friedliches und freies Deutschland mit blühender Wirtschaft, einem sich ständig erhöhenden Lebensstandard seiner Bevölkerung. Sie gewährleistet eine Entwicklung der kulturellen Kräfte des deutschen Volkes, die Deutschland wieder Ansehen unter den Völkern der Welt eintragen wird. Es genügt aber nicht, mit den Forderungen der Nationalen Front einverstanden zu sein und die Ziele der Nationalen Front zu billigen. Die Ziele der Nationalen Front müssen erkämpft werden, erkämpft von allen Deutschen, die sich zu ihnen bekennen.

Die politische und wirtschaftliche Einheit Deutschlands wird uns ebensowenig geschenkt werden wie die Beseitigung des Besatzungsstatuts und des separaten westdeutschen Staates oder der Abzug aller Besatzungstruppen aus Deutschland. Es ist klar, daß auch die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands, die Einführung einer einheitlichen Währung für ganz Deutschland, ungehinderter Handel, freier Verkehr für die Bevölkerung und für Waren zwischen allen Ländern und Zonen Deutschlands auf Widerstand stoßen werden und von der Nationalen Front, das heißt der überwältigenden Masse der deutschen Bevölkerung, erkämpft werden müssen.

Die zerstörten deutschen Städte und Dörfer, die zerstörten Wohnungen und Fabriken werden nicht wiedererstehen, wenn das deutsche Volk die Hände in den Schoß legen würde. Alle ehrlichen Deutschen müssen also zusammenarbeiten, um die Folgen des Krieges möglichst schnell zu überwinden, um ein freies, blühendes, demokratisches und friedliebendes Deutschland erstehen zu lassen.

Unsere großen Aufgaben, die zur Rettung der deutschen Nation erfüllt werden müssen, gestatten uns nicht den Luxus, die Kräfte des deutschen Volkes im Kampf untereinander zu lähmen und zu zersplittern. Die Nationale Front aller ehrlichen Deutschen, denen die Zukunft ihres Vaterlandes am Herzen liegt, schafft die realen Voraussetzungen zur Überwindung des nationalen Notstandes. Die Größe unserer Aufgaben und die Größe der Gefahren, die das deutsche Volk bedrohen, erfordern eine neue Art von Beziehungen zwischen den Parteien und Organisationen, erfordern enge freundschaftliche Zusammenarbeit und Einmütigkeit in den Beschlüssen und Handlungen. Diese der Situation des deutschen Volkes angemessene Zusammenarbeit ist im Block der demokratischen Parteien verwirklicht. Die enge Zusammenarbeit aller demokratischen Parteien und Organisationen gab und gibt uns die Möglichkeit, die ganze lebendige und unerschöpfliche Kraft des deutschen Volkes, die lebendige Kraft der Arbeiterschaft, unserer Bauern, der Wissenschaftler und aller anderen Schichten des Volkes, zusammenzufassen und gemeinsam an die Lösung der großen nationalen Aufgaben des deutschen Volkes mit der Gewißheit des Erfolges heranzugehen.

*Von der Überwindung der Kriegsschäden zur vollen Entfaltung
der Friedenswirtschaft*

Die Zusammenfassung aller Kräfte des deutschen Volkes, der Verzicht auf kleinliche Streitigkeiten der Parteien und Organisationen untereinander, die Politik des Blocks der demokratischen

Der Dank des deutschen Volkes gebührt auch den Angehörigen der Deutschen Wirtschaftskommission und der Zentralverwaltungen, die eine große und verantwortungsvolle Arbeit leisteten und eine solide Grundlage geschaffen haben, auf der die deutsche Regierung jetzt weiter bauen kann. Nachdem die verantwortliche Verwaltung, die bisher in den Händen der SMA lag, der deutschen Regierung übergeben wurde, müssen wir alle Anstrengungen unternehmen, um die großen Aufgaben zu erfüllen.

*Durch Erhöhung der Arbeitsproduktivität
zur Verbesserung der Lebenslage*

Während im Westen Deutschlands die sogenannte soziale Marktwirtschaft zur Steigerung der Gewinne der kapitalistischen Monopole auf der einen Seite und zur fortschreitenden Verelendung des arbeitenden Volkes auf der anderen Seite führt, bekennt sich die Regierung zum Prinzip der Wirtschaftsplanung, die ihre Grundlage im volkseigenen Sektor der Wirtschaft hat. In dieser geplanten Wirtschaft ist die Mitbestimmung des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes, der Vereinigungen der gegenseitigen Bauernhilfe und anderer Massenorganisationen der schaffenden Menschen fest verankert und die Garantie für den Erfolg der neuen demokratischen Ordnung.

Der beginnende planmäßige Aufbau unserer Wirtschaft, die planmäßige Beseitigung der Kriegsschäden, die planmäßige Erhöhung der Produktion haben den Ring bereits durchbrochen, der jede Aufwärtsentwicklung unmöglich zu machen schien. Mehr Arbeit verlangt bessere Versorgung der Arbeitenden. Bessere Versorgung der Arbeitenden setzt mehr Arbeit voraus. Aus diesem Ring schien es eine Zeitlang kein Entkommen zu geben. Die Aktivistenbewegung in unserer Arbeiterschaft hat den Ring durchbrochen. Unter großen Entbehrungen wurde zunächst die Produktion verbessert und erhöht, und diese verbesserte und erhöhte Produktion kommt jetzt den arbeitenden Menschen zugute. Wenn

wir die Versorgung von heute mit der Versorgung vor etwa einem Jahre vergleichen, dann können wir feststellen, daß sich die Lage auf allen Gebieten beträchtlich gebessert hat. Das ist alles aber noch nicht ausreichend. Die Werktätigen, die angestrengt arbeiten, brauchen eine bessere Ernährung, eine bessere Versorgung mit Bedarfsgütern aller Art. Das wichtigste Mittel, um dieses Ziel zu erreichen, ist die Steigerung der Arbeitsproduktivität, um die unsere Aktivisten so beharrlich kämpfen. Die Regierung wird ihre ganze Kraft dafür aufwenden, diesen Kampf um erhöhte Arbeitsproduktivität zum Erfolg zu führen. Die in diesem Jahre erzielten Fortschritte in der Industrie werden bald beginnen, sich in der Landwirtschaft und in dem Außenhandel auszuwirken. Die Traktoren und landwirtschaftlichen Maschinen, die unsere Maschinenausleihstationen den Bauern zur Verfügung stellen, tragen dazu bei, die Erzeugung von Nahrungsmitteln aus eigener Kraft weiter zu steigern. Diese Arbeit beginnt die ersten Früchte zu tragen. Die Ernte wird von Jahr zu Jahr größer sein. Das Ziel für das Jahr 1950 ist die Erreichung von Vorkriegsernteerträgen in der Landwirtschaft, die es ermöglichen, die Zwangsbewirtschaftung von Lebensmitteln, außer Fleisch und Fett, nach der nächstjährigen Ernte aufzuheben! Die Regierung wird mit den dazu nötigen Maßnahmen bald an die Öffentlichkeit treten. Die Arbeiter der Industrie, die Wissenschaftler, die Bauern, müssen Hand in Hand arbeiten, um dieses Ziel zu erreichen, das der ganzen Bevölkerung zugute kommen wird.

Zunächst aber wird die Regierung eine Reihe von Sofortmaßnahmen durchführen, wie die Abschaffung der Karte IV und gewisse Verbesserungen in der Versorgung bestimmter Arbeitergruppen, um die Lage unserer schaffenden Menschen zu erleichtern.

Besondere Aufmerksamkeit wird die Regierung der Entwicklung der Außenhandelsbeziehungen zuwenden, die eine entscheidende Rolle bei der Verbesserung der Versorgung spielen. Sie wird noch in diesem Jahre die Einfuhr von Walzwerkerzeugnissen und von Baumwolle erhöhen, um dadurch die Erzeugung von Export-

waren zu heben. Dank der Steigerung unserer industriellen Produktion wird die Regierung über größere Mengen hochwertiger Qualitätswaren verfügen, die es möglich machen werden, die Einfuhr von Lebensmitteln zu vergrößern. Die weitere Entwicklung unserer Handelsbeziehungen mit den Ländern der Volksdemokratie und besonders mit der Sowjetunion ermöglicht es der Regierung, die Einfuhr von Brotgetreide und Fett wesentlich zu steigern.

Dies sind die realen Grundlagen, die es mir ermöglichen, eine beträchtliche Verbesserung der Versorgung in Aussicht zu stellen. Die Regierung lehnt es ab, die Volksmassen mit leeren Versprechungen zu täuschen, sondern sie legt die konkreten Maßnahmen dar, die unter den gegebenen Bedingungen durchgeführt werden können und deren Erfolg bereits sichergestellt ist.

Mit diesen Maßnahmen zur Verbesserung der allgemeinen Lage der Bevölkerung wird die Regierung ihre besondere Sorge den Alten, den Arbeitsunfähigen und den Hinterbliebenen zuwenden. Sie wird ihre besondere Sorgfalt dem Ausbau der Sozialversicherung widmen.

Die Regierung wird auch der Entwicklung des Handwerks und des gewerblichen Mittelstandes ihre Aufmerksamkeit zuwenden. Auch im gewerblichen Mittelstand sieht die Regierung einen wichtigen Faktor unserer gesamten Wirtschaft, dessen Existenzgrundlagen zu sichern sind. Sie wird alles tun, um auch die private Unternehmerinitiative der Entwicklung unserer Wirtschaft dienstbar zu machen.

Die Durchführung der wirtschaftlichen Aufbaumaßnahmen macht die Heranziehung aller arbeitsfähigen deutschen Menschen nötig. Die weitere sinnvolle Eingliederung der Umsiedler betrachtet die Regierung als eine ihrer moralischen Verpflichtungen, die unverzügliche Rückkehr der letzten kriegsgefangenen Soldaten, ganz gleich, wo sie sich befinden mögen, wird die Regierung zu erreichen versuchen. Ebenso hält die Regierung es für ihre Pflicht, die ehemaligen Mitglieder der Nazipartei, soweit sie nicht Strafen für ihre Verbrechen verbüßen, als gleichberechtigte Bür-

ger in unser gesellschaftliches Leben zurückzuführen. Wir können auf keine schaffende Hand verzichten.

Die Schritt für Schritt zu erarbeitende Steigerung des Lebensniveaus muß Hand in Hand gehen mit einer Förderung des kulturellen Lebens. Die Errungenschaften der Kultur sollen allen Schichten unseres Volkes vermittelt werden. Die vornehmste Aufgabe der Regierung wird es sein, die begonnene demokratische Schulreform fortzuführen, wobei sie sich besonders um die Förderung des Arbeiter-und-Bauern-Studiums bemühen wird. Die eingeleiteten Maßnahmen zur Erhaltung und Förderung der deutschen Wissenschaft und Kunst wird die Regierung energisch fortsetzen und erweitern. Die Regierung ist sich der großen Bedeutung des Wirkens der Geistesschaffenden für die Entfaltung unserer Wirtschaft und unseres kulturellen Lebens bewußt. Sie wird darum alles Erforderliche tun, um das Leben der Intellektuellen zu erleichtern.

Die Regierung wird die verfassungsmäßig garantierte Glaubens- und Gewissensfreiheit gewährleisten.

In dieser Stunde der Wiedergeburt des deutschen Staates gedenkt die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik der Millionen Opfer aller Völker, die unter der Geißel des Hitlerfaschismus ihr Leben lassen mußten. Sie gedenkt in Ehrfurcht des Opfertodes von Zehntausenden deutscher Männer und Frauen, die im Kampf gegen das barbarische Naziregime, zur Verhinderung des Krieges, für seine Beendigung und für ein friedliebendes Vaterland gestorben sind. Sie starben, damit ihr Volk lebe. Diese deutschen Männer und Frauen haben durch ihren Kampf und durch ihren Opfertod bei den fortschrittlichen Kräften aller Völker die Grundlagen eines neuen Vertrauens zu einem anderen Deutschland geschaffen. Ihr heroisches Beispiel soll in unserer Jugend und in unserem Volke unabhängig von jeder politischen und weltanschaulichen Auffassung fortleben. Die Regierung hält es für ihre Pflicht, den überlebenden Widerstandskämpfern und den Witwen und Waisen der Opfer des Faschismus bei der Sicherung ihrer Existenz zu helfen, wie sie auch um eine Besserung des

Lebens der Sozialrentner bemüht sein wird. Sie hält es aber auch für ihre Pflicht, der Wiederbelebung faschistischer, militaristischer und antisemitischer Ideen sowie einer solchen Betätigung mit der ganzen Schärfe des Gesetzes entgegenzutreten. Wir wollen nicht zurück in die Barbarei!

Die Regierung richtet einen Appell an alle gutwilligen Deutschen zur Mitarbeit an den großen Aufgaben, die vor uns stehen. Diese deutsche Regierung ist eine Regierung der Arbeit, der Demokratie und des Friedens. Das Programm der deutschen Regierung ist das Programm des deutschen Volkes. Wir tauschen nicht die Verfassung gegen ein Besatzungsstatut! Viel zu hoch schätzen wir unsere eigene Handlungsfreiheit, die die befreiende Tat der Sowjetregierung uns gegeben hat. Jetzt gilt es, diese Handlungsfreiheit richtig zu nutzen, im Interesse des Friedens zum Wohle des deutschen Volkes.

Diese Regierung hat ihre Legitimation vom Volke erhalten und wird sich in allen ihren Handlungen dem Volke verantwortlich fühlen. Daher halten es die Mitglieder der deutschen Regierung für ihre erste Verpflichtung, zu den Aktivisten zu gehen, die den Aufbau unserer Wirtschaft und des Staates tragen, ohne den unsere Arbeit sinnlos sein müßte. Wir werden am morgigen Tage der Aktivisten vor den Arbeitern in den Betrieben unser Programm entwickeln und die Bestätigung des arbeitenden Volkes einholen. Am gestrigen Tage waren wir Zeugen, wie die Bevölkerung und besonders unsere Jugend mit Begeisterung und innerer Anteilnahme die staatspolitischen Akte der letzten Tage, die sich vor ihren Augen in der Hauptstadt Deutschlands abgespielt haben, begrüßten. Mit einem Volke, das eine solche Jugend besitzt, kann die Regierung mit froher Zuversicht an ihre verantwortungsvolle Arbeit gehen.

Die Deutsche Demokratische Republik und die Intellektuellen

*Eröffnungsfeier des 2. Bundestages des Kulturbundes
zur demokratischen Erneuerung Deutschlands*

23. November 1949

Der Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands veranstaltet seinen 2. Bundestag in einer außerordentlichen und für unser deutsches Volk hochbedeutsamen Zeit.

Die vier Jahre, die seit der Gründung des Kulturbundes vergangen sind, waren Jahre harter Anstrengungen der demokratischen Kräfte unseres Volkes, die furchtbaren Folgen eines langen Irrweges unserer Nation, der in einer Katastrophe endete, zu überwinden und die Grundlage für eine neue, friedliche und bessere Existenz des deutschen Volkes zu schaffen.

Der Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands hat in dieser Zeit Hand in Hand mit den demokratischen Parteien und Organisationen für die Lösung dieser Aufgabe gekämpft und gearbeitet.

Heute, zur Eröffnung des 2. Bundestages, können wir mit Genugtuung konstatieren, daß diese Arbeit nicht umsonst geleistet wurde und unser gemeinsamer Kampf bereits zu beachtlichen Erfolgen geführt hat.

Die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik, die zugleich der feste Stützpunkt des Kampfes für ein einheitliches, demokratisches und friedfertiges Deutschland ist, bedeutet einen historischen Wendepunkt nicht nur für unser deutsches Volk, sondern für Europa.

Zum ersten Male in der Geschichte ist ein deutscher Staat gebildet, der nicht mehr ein Staat von Junkern, Militaristen und Imperialisten ist, nicht mehr ein Instrument der Eroberungs-

politik und des Krieges, sondern ein Staat der realen Demokratie, ein Staat, der Ausdruck des Willens unseres Volkes zur ehrlichen Friedensbereitschaft und Freundschaft mit den Völkern ist. Es ist eine Deutsche Demokratische Regierung gebildet, deren oberstes Ziel die Erringung, die Erhaltung und die Sicherung des Friedens ist. Damit ist für das deutsche Volk ein grundsätzlich neuer Weg eingeschlagen.

Es sind die Lehren gezogen nicht nur aus der dunklen Zeit der Herrschaft der Nazibarbarei und des zweiten vom deutschen Imperialismus angezettelten Weltkrieges, sondern aus vielen Jahrzehnten, genauer gesagt sogar aus mehreren Jahrhunderten deutscher Vergangenheit. So bedeutsam sind die Ereignisse, deren Zeugen und Mitgestalter wir sind, daß wir ohne Anmaßung und ohne Übertreibung sagen können: Wir sind dabei, ein neues Blatt deutscher Geschichte aufzuschlagen!

Generalissimus Stalin hat die treffenden Worte zur Kennzeichnung dieses neuen historischen Umschwunges in der Geschichte der europäischen Staaten gesprochen, als er in seiner Begrüßung an den Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Herrn Wilhelm Pieck, und an mich als Ministerpräsidenten der provisorischen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik schrieb:

„Die Gründung der Deutschen Demokratischen friedliebenden Republik ist ein Wendepunkt in der Geschichte Europas. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Existenz eines friedliebenden, demokratischen Deutschlands neben dem Bestehen der friedliebenden Sowjetunion die Möglichkeit neuer Kriege in Europa ausschließt, dem Blutvergießen in Europa ein Ende macht und die Knechtung der europäischen Länder durch die Weltimperialisten unmöglich macht.“¹

Wie war dieser historische Wendepunkt in der Geschichte unseres Volkes möglich?

Er war nur möglich, weil im Jahre 1917 die Große Sozialistische Oktoberrevolution siegte, die zur Entstehung einer neuen Macht,

¹ „Neues Deutschland“ vom 14. Oktober 1949.

einer Macht der Arbeiter und Bauern und der schaffenden Intelligenz führte, einer Macht, die entschlossen dem Weltimperialismus entgegentrat, einer Macht, die stets ihre wichtigste Aufgabe im Kampfe um den Frieden sah, die Kräfte der Demokratie und des Friedens in *allen* Ländern unterstützte und auch die Entwicklung der demokratischen Kräfte im deutschen Volke ermöglichte und förderte. In der Vergangenheit waren an allen entscheidenden Wendepunkten der Geschichte die Kräfte der Reaktion, des Militarismus und schließlich des Imperialismus den Kräften der Demokratie und des Fortschritts überlegen. Die Reaktion siegte im Bauernkrieg des 16. Jahrhunderts. Sie triumphierte in Gestalt der Vorherrschaft des preußischen Militarismus während mehrerer Jahrhunderte.

Sie siegte in den blutigen Kämpfen der Revolution von 1848. Sie siegte über die gespaltene und vom Opportunismus gelähmte deutsche Arbeiterklasse in der Novemberrevolution von 1918. Sie feierte einen Triumph im Siege des Faschismus im Januar 1933.

Die größte Tragödie deutscher Geschichte liegt darin, daß das deutsche Volk nicht den Weg fand, sich aus eigener Kraft aus der Schmach und Schande des faschistischen Terror- und Kriegssystems zu befreien.

Erst im Jahre 1945, als der deutsche Imperialismus sein Debakel erlebte und wieder eine Wende deutscher Geschichte heraufzog, war weltpolitisch eine völlig andere Lage als bei allen früheren großen Auseinandersetzungen zwischen Reaktion und Fortschritt, reaktionären Herrschern und Volksmassen.

Das Neue in der Welt war die Existenz und die Kraft der sozialistischen Weltmacht, die an die Seite der demokratischen und friedliebenden Kräfte trat und ihnen die Möglichkeit gab, sich zu entfalten.

Das ist der welthistorische Hintergrund des Umschwungs in der Geschichte unseres Volkes, der in der Bildung der Deutschen Demokratischen Republik seinen Ausdruck fand. So konnte ein deutscher Staat entstehen, der weder selbst Subjekt imperialistischer Macht- und Eroberungsgier noch ein Spielball in den

Händen anderer imperialistischer Staaten ist, sondern ein souveräner deutscher Staat, als Faktor der Stärkung der Demokratie und des Friedens in Europa. In der Deutschen Demokratischen Republik hat sich das deutsche Volk eine Regierung geschaffen, die Ausdruck und Vollstreckerin des Volkswillens und Wahrerin der wirklichen nationalen Interessen unseres gesamten Volkes ist.

Generalissimus Stalin hat in seinem Begrüßungsschreiben zur Geburt der Deutschen Demokratischen Republik die große historische Perspektive dieser neuen Entwicklung gezeigt:

„Die Erfahrung des letzten Krieges hat gezeigt, daß das deutsche und das sowjetische Volk in diesem Kriege die größten Opfer gebracht haben, daß diese beiden Völker die größten Potenzen in Europa zur Vollbringung großer Aktionen von Weltbedeutung besitzen. Wenn diese beiden Völker die Entschlossenheit an den Tag legen werden, für den Frieden mit der gleichen Anspannung ihrer Kräfte zu kämpfen, mit der sie den Krieg führten, so kann man den Frieden in Europa für gesichert halten.“¹

Wir alle freuen uns auch der berechtigten Zuversicht, die der Ministerpräsident der Regierung der UdSSR dem deutschen Volke dabei mit auf den Weg gibt:

„Sie brauchen nicht daran zu zweifeln, daß Sie, wenn Sie diesen Weg einschlagen und den Frieden festigen, eine große Sympathie und aktive Unterstützung aller Völker der Welt finden werden, darunter auch des amerikanischen, englischen, französischen, polnischen, tschechoslowakischen, italienischen Volkes, schon gar nicht zu reden vom friedliebenden Sowjetvolk.“²

Das von vielen noch verkannte und doch für die Gegenwart und noch mehr für die Zukunft entscheidende Ergebnis des hinter uns liegenden Ringens der Menschheit gegen die Bestialität ist also der Zusammenschluß, die Reife und die Stärkung der fortschrittlichen Kräfte der Demokratie und des Friedens in der Welt. Auch der Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands ist in den hinter uns liegenden Monaten und Jahren ent-

¹ Ebenda.

² Ebenda.

scheidend für die Erhaltung des Friedens eingetreten. Er hat seine gesamten Kräfte für den Kampf um die Einheit und insbesondere für die kulturelle Einheit unseres Vaterlandes aktiv eingesetzt. Nicht zuletzt hat der Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands gezeigt, daß er die Bedeutung des Zweijahrplans für unsere Volkswirtschaft erkannt hat, die unter anderem auch darin besteht, ein neues Verhältnis zwischen den Kulturschaffenden und dem werktätigen Volke herzustellen. Diese und andere zahlreiche Verdienste des Kulturbundes zeigen, daß diese Organisation der Kulturschaffenden die Aufgaben der Gegenwart klar erkannt hat und nach ihnen handelte und weiter handeln wird.

Die große Bedeutung des 2. Bundestages sehe ich vor allem darin, daß er sich – wie ein Blick auf die Tagesordnung zeigt – mit den brennenden Schicksalsfragen unseres Volkes beschäftigt, mit den Fragen des Kampfes um den Frieden, um die Einheit Deutschlands, die auch Angelpunkt der Ziele und Aufgaben der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik sind.

Zur Mitarbeit an diesen wahrhaft nationalen Aufgaben sind Sie, unsere Wissenschaftler und Forscher, unsere Künstler, unsere Professoren an den Universitäten und Hochschulen, unsere Fachlehrer und Lehrer in der neuen Einheitsschule, berufen. Mit Stolz können Sie auf Ihre bisher geleistete Arbeit zurückblicken. Was will nun die Regierung? In meiner vor der Volks- und Länderkammer abgegebenen Regierungserklärung vom 12. Oktober 1949 habe ich darüber gesagt:

„Die Schritt für Schritt zu erarbeitende Steigerung des Lebensniveaus muß Hand in Hand gehen mit einer Förderung des kulturellen Lebens. Die Erregenschaften der Kultur sollen allen Schichten unseres Volkes vermittelt werden. Die vornehmste Aufgabe der Regierung wird es sein, die begonnene demokratische Schulreform fortzuführen, wobei sie sich besonders um die Förderung des Arbeiter-und-Bauern-Studiums bemühen wird. Die eingeleiteten Maßnahmen zur Erhaltung und Förderung der deutschen Wissenschaft und Kunst wird die Regierung energisch fortsetzen und erweitern. Die Regierung ist sich der großen Bedeutung des Wirkens der Geistesschaffenden für die Entfaltung unserer Wirtschaft und unseres kulturellen Lebens bewußt.

Sie wird darum alles Erforderliche tun, um das Leben der Intellektuellen zu erleichtern.“¹

Ich habe damals Stimmen von Ihnen gehört, die diese Darlegungen über die Fragen der Kultur und die Stellung der Intelligenz für nicht ausreichend hielten. Ich weiß, daß manche dieser Stimmen von Menschen stammen, die ihre ganze Kraft für die kulturelle Entwicklung unseres Volkes einsetzen, dabei aber leicht der Gefahr unterliegen, Teilfragen als die entscheidenden Gesamtfragen anzusehen. Die Regierung ist sich klar, daß sie ihr kulturelles Arbeitsprogramm nur wirksam erfüllen kann, wenn sie sich dabei auf die gesellschaftlichen Organisationen aller Werktätigen einschließlich der Kulturschaffenden stützen kann. Mögen sich aber auch die Kulturschaffenden darüber klar sein, daß sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben und Wünsche, ebenso sehr wie die Regierung, die Hilfe der gesellschaftlichen Organisationen der Werktätigen benötigt. Niemand kann mehr allein stehen, nur aus der Gemeinsamkeit erwächst der Erfolg. Die Regierung hat darum mit Genugtuung davon Kenntnis genommen, daß Ihr Präsidialrat bereits am Tage nach der Regierungserklärung der Regierung die stärkste Unterstützung des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands zugesichert hat.

Vor den deutschen Geistesarbeitern steht heute mehr denn je die Verpflichtung, daran mitzuhelfen, die deutschen Menschen zum lebendigen Bewußtsein für eine demokratische friedliche Ordnung zu erziehen, Kunst und Wissenschaft zu pflegen und zu fördern, die Errungenschaften des menschlichen Geistes allen zugänglich zu machen und eine wirklich humanistische Kultur zu entwickeln. Diese Aufgaben sind jedoch nur zu lösen, wenn Sie, meine Damen und Herren, die fortschrittlichen Kräfte unseres deutschen Volkes unterstützen, die deutschen Menschen in ihrer Arbeit zu begeistern, sie zu leidenschaftlichen Kämpfern für den Frieden zu machen, wenn Sie mithelfen, daß die Erkenntnis von der Notwendigkeit der nationalen Einheit festen Fuß faßt und der Wille in unserem Volke zum nationalen Zusammenschluß in

¹ Siehe vorliegenden Band S. 531.

einem einheitlichen, friedliebenden, demokratischen Staat Wirklichkeit wird.

Dabei stehen wir in unserem Vaterlande Gefahren gegenüber. Das Unglaubliche und Ungeheuerliche ist klar sichtbar geworden. Der gescheiterte verbrecherische Plan Hitlers und seiner imperialistischen Hintermänner, der so vielen Völkern und nicht zuletzt auch dem deutschen Volke so tiefe Wunden schlug, wird erneut von den Hintermännern und Helfern des Monopolkapitalismus und der internationalen Reaktion aufgegriffen. Der schäbige und schmutzige Antibolschewismus, diese „Grundtorheit des 20. Jahrhunderts“, wie ihn Thomas Mann nannte, wird wieder hervorgeholt, und unter der verlogenen Losung der Verteidigung der Kultur des Abendlandes werden die alten Kreuzzugspareolen gegen alles Fortschrittliche aufgefrischt. Es wird eine vornehme Aufgabe der Kulturschaffenden sein, alles, was sie an Mut, an Fähigkeit, an Leidenschaft und an Kraft aufzubringen vermögen, um Deutschland und Deutschlands Jugend vor einer neuen, noch schlimmeren Katastrophe zu bewahren, einzusetzen, um die verbrecherischen Pläne gegen die wirkliche Freiheit der Völker zu vereiteln. Mit allen Mitteln, mit dem Aufwand größter Kosten, mit der Förderung jeder Form von Korruption und Käuflichkeit, wird versucht, das Nationalgefühl in unserem Volke, in unserer Jugend, im Westen unserer Heimat zu zerstören.

Angesichts der wachsenden geistigen und materiellen Gefahr für den nationalen Bestand Deutschlands ist es unvermeidlich, daß dieser Kongreß im Geiste des nationalen Selbsterhaltungswillens unseres Volkes stehen muß, daß er, getragen von dem Willen zum Frieden und der Völkerfreundschaft, gleichzeitig das Recht unseres Volkes auf seine nationale Souveränität und auf seine nationale Einheit verkündet.

Der fortschrittliche deutsche Kulturschaffende gehört in die breite Nationale Front des demokratischen Deutschland, in die Front aller Deutschen zur Rettung der Nation, zum Kampfe für einen einheitlichen, friedliebenden und souveränen deutschen Staat.

Für alle deutschen Gelehrten, Wissenschaftler, Forscher, Professoren, Künstler, Lehrer und Ingenieure, kurz, für alle Geistesarbeiter, ergibt sich die patriotische Aufgabe, in ihren Werken, in Wort und Schrift, in Malerei und Musik, Theater und Film, in wissenschaftlicher Lehre und Forschung und im Konstruktionsbüro, die Front der Freunde des Friedens in Deutschland zu verstärken. Das möge der Beitrag Deutschlands werden, um aus der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts nach der Bestialität und Brutalität seiner ersten Hälfte wahre Menschlichkeit und das Glück der Menschen erstehen zu lassen.

Bereits vor mehr als hundert Jahren haben deutsche Wissenschaftler, Philosophen, Dichter und Pädagogen im Ringen um das eine Deutschland gestanden. Wir sind dazu berufen, diesen Kampf zu Ende zu führen. Der Sieg der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, der unausbleiblich ist, wird die Erfüllung der seit hundert Jahren erhobenen Forderung der besten deutschen Männer und Frauen, der fortschrittlichen deutschen Jugend sein.

Die provisorische Regierung der Deutschen Demokratischen Republik wird darum aus diesen höchsten nationalen Verpflichtungen heraus alle Maßnahmen unterstützen, die der kulturellen Einheit der deutschen Nation dienen. Sie wird das Kulturerbe der Nation wahren und die im Jahre 1945 begonnenen demokratischen Reformen des Bildungswesens weiterführen, die geeignet sind, den wissenschaftlichen und künstlerischen Einrichtungen unserer Republik eine gebührende Wirkungsmöglichkeit zur Förderung einer lebensnahen, lebenswahren und lebensbejahenden Wissenschaft und Kunst zu geben. Dies entspricht dem demokratischen Charakter der Deutschen Demokratischen Republik und dem Charakter und Inhalt ihrer Verfassung. Es entspricht den neuen Verhältnissen, die mit der Durchführung der demokratischen Boden- und Schulreform und der Schaffung des volkseigenen Sektors in unserer Wirtschaft entstanden sind. Unter diesen Verhältnissen ist an Stelle wilder Anarchie der Wirtschaft eine bewußte Planung möglich geworden, die, ohne Verzicht auf

die Mitarbeit des privaten Sektors in Industrie, Handwerk, Handel und Landwirtschaft, aber doch etwas prinzipiell Neues darstellt. Aus diesen neuen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen ergibt sich auch eine neue Rolle der Intelligenz im gesellschaftlichen Leben.

Worin besteht dieses neue Verhältnis im Unterschied zur Lage der Intelligenz in früherer Zeit?

Unter der Herrschaft der Junker und Imperialisten ist der Geistesschaffende dazu verurteilt, den Interessen und Zielen dieser reaktionären Klassen zu dienen. Die Freiheit der Forschung und Wissenschaft wird zu einer Täuschung, die oft genug Selbsttäuschung der Intellektuellen ist, wenn der Gelehrte einen Staat zum Auftraggeber hat, dessen kapitalistische Gesellschaftsstruktur unvermeidlich Krisen und Kriege heraufbeschwört, die den Gelehrten zwingen, seine schöpferische Kraft in den Dienst des Krieges und der Vernichtung zu stellen. Haben die deutschen Gelehrten und Forscher dies nicht zur Genüge erfahren?

Oder was bedeutet Freiheit der Wissenschaft und Forschung, wenn ein Techniker oder Chemiker Angestellter einer Monopologesellschaft ist, deren ganzes Sinnen und Trachten darin besteht, Technik und Chemie in den Dienst des Profits und der gesteigerten Ausbeutung des arbeitenden Menschen zu stellen? Was bedeutet die Freiheit der Kunst, wenn der Künstler in die Zwangslage versetzt ist, als kaufkräftige Kunden nur die Angehörigen jener besitzenden Schichten zu haben, die mit ihren dekadenten Modelaunen die Richtung des Schaffens der Maler und Bildhauer diktieren?

Was ist die Freiheit der Literatur für den Schriftsteller wert, wenn die Verlage, deren Wohlwollen oder Mißfallen für ihn Existenz oder Untergang bedeuten, von den Interessen derselben reaktionären Kräfte und nacktem Gewinnstreben geleitet werden?

Die Erfahrungen des Lebens zeigen eindeutig, daß die gesellschaftlichen Verhältnisse entscheidend für die Rolle der Geistes-schaffenden sind. Reaktionäre Verhältnisse bedeuten unweiger-

lich, daß das Schaffen der Intellektuellen den Stempel dieser Verhältnisse trägt. Die Folge solcher Zustände ist dann ebenso unweigerlich, daß die Schicht der Intelligenz in Gegensatz zu den Interessen der breiten Volksmassen gerät, wobei die Kluft zwischen den geistig und den manuell Schaffenden noch durch den Standesdünkel vergrößert wird, der von der herrschenden Reaktion bewußt gezüchtet wird.

Unter den neuen gesellschaftlichen Verhältnissen der Deutschen Demokratischen Republik werden mit den Ursachen der Krankheiten auch ihre Symptome für die Intelligenz verschwinden.

Wir haben eine neue demokratische Ordnung, aufgerichtet vom Volk, getragen und bestimmt von den Interessen des Volkes. Unter diesen neuen Verhältnissen dient die Arbeit des Gelehrten, des Technikers, des Künstlers und Schriftstellers wie des Arztes und Juristen *dem Volke*. Diese neue Rolle der Intelligenz gegenüber dem Volke muß über kurz oder lang eine neue Einstellung der Volksmassen gegenüber den Intellektuellen herbeiführen.

Die provisorische Regierung der Deutschen Demokratischen Republik sieht ihre Aufgabe darin, die Überreste einer Feindschaft zwischen den werktätigen Massen und den Geistesschaffenden, die aus der Vergangenheit resultieren, bis auf den letzten Rest zu überwinden und ein neues Verhältnis, nämlich ein Verhältnis der Freundschaft und des Bündnisses zwischen den Werktätigen in Stadt und Land und den Gelehrten und Künstlern herzustellen.

Eine Regierung, die ihre Aufgabe darin sieht, dem Volke zu dienen, kann gar nicht anders handeln als auch die Intellektuellen allseitig zu fördern, die ihr Können und ihr Schaffen in den Dienst des Volkes stellen. Die Regierung wird alles tun, um den Werktätigen die Gewißheit zu geben, daß heute eine Intelligenz vorhanden ist und sich bereits eine neue bildet, die der Freund des werktätigen Volkes ist.

Ich weiß, daß auch die Arbeit des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands weitgehend dazu beitragen

wird, daß das aus der Vergangenheit stammende Gefühl der Feindschaft zwischen Intelligenz und Arbeiterschaft endgültig beseitigt wird, damit an seine Stelle die echte, auf gegenseitiges Vertrauen gestützte, ehrliche Freundschaft tritt. Eine solche Entwicklung ist möglich, weil es in unserem werktätigen Volke immer Kräfte gab und gibt, die aus sich heraus mit tiefster innerer Überzeugung eine gleiche Stellung zur Kultur und zu ihrer fortschrittlichen Entwicklung einnehmen. Die Folge einer solchen Entwicklung ist klar:

Die deutsche Intelligenz wird den Platz einnehmen, der ihrer bedeutungsvollen Rolle in der Deutschen Demokratischen Republik entspricht.

Die historische Veränderung der Rolle der deutschen Intelligenz wird ihr Ansehen bei dem werktätigen Volke steigern und in dem Maße weiterwachsen, wie die Intelligenz selbst ihre neue Rolle erkennt und die vor ihr stehenden Aufgaben gemeinsam mit den Werktätigen löst.

Die provisorische Regierung der Deutschen Demokratischen Republik wird die sich aus der Verordnung der Deutschen Wirtschaftskommission vom 31. März 1949 ergebenden Aufgaben zu Ende bringen und sie politisch weiterentwickeln. Diese Verordnung der DWK war darauf gerichtet, das Leben und die Arbeitsverhältnisse der Intelligenz zu verbessern. Sie ging von der großen Bedeutung aus, welche die Wissenschaften, Lehre und Forschung, Kunst und Literatur für die Lösung der vor uns stehenden wirtschaftlichen Aufgaben haben. Dies ist aber nur die eine Seite der Verordnung. Die andere Seite, und diese steht gegenwärtig im Vordergrund aller Erörterungen für die Durchführung unseres Zweijahrsplans, ist die Erhöhung der Arbeitsproduktivität auch der deutschen Intelligenz mit gleichzeitiger Steigerung der Qualität ihrer Arbeit. Eine neue Einstellung zur Arbeit hat sich bereits durch die veränderten gesellschaftlichen Verhältnisse Bahn gebrochen.

Das Charakteristische der Aktivistenbewegung ist die Überschreitung der technisch veralteten Arbeitsnormen durch Einfüh-

rung neuer, technisch begründeter Arbeitsnormen. Das erfordert bessere Arbeitsorganisation, das Rechnen mit jeder Minute, größte Sorgfalt in der Arbeit, Erhöhung der beruflichen Qualifikation und höchste Arbeitsmoral und Disziplin. Es ist von größter Wichtigkeit, daß die deutsche Intelligenz nicht abseits von dieser Bewegung steht, sondern mithilft, unsere Facharbeiter praktisch und theoretisch weiterzubilden, daß wissenschaftliche Forschung und Lehre weitgehend in den Dienst der engen Zusammenarbeit mit den Werktätigen gestellt werden.

Es kommt aber in der Wirtschaft nicht nur darauf an, *mehr* Waren, sondern vor allem *bessere* Waren zu produzieren. Diese Frage ist zur entscheidenden Frage für uns geworden, weil bessere Waren besseren Export bedeuten. Wenn darum die Regierung Ende dieses Monats die Aktivisten und verantwortlichen Frauen und Männer unserer Wirtschaft zu einem Kongreß nach Leipzig beruft, um nach dem *ersten* Schritt zu unserem Aufbauwerk, der Produktionssteigerung, die Initiative zu dem *zweiten* Schritt, nämlich der Qualitätssteigerung, zu entwickeln, so ist sie sich auch dabei bewußt, daß eine so wichtige und bedeutsame Aufgabe ohne die erfolgreiche Mitarbeit der Wissenschaftler und Techniker nicht erreicht werden kann.

Wenn durch die Verbindung der großen praktischen Erfahrungen des einen Teiles mit dem reichen theoretischen Wissen des anderen systematische Verbesserungen durchgeführt werden, wird es gelingen, nicht nur die Produktivität, sondern auch die Qualität der Arbeit zu steigern. Das heißt schneller Aufbau unserer Friedenswirtschaft und ein besseres Leben für unser gesamtes Volk. Die Lösung dieser Aufgaben wird auch für die deutsche Intelligenz bedeuten, daß im Kampf um die bessere Leistung keine Kräfte geschont werden dürfen. Die Leistung, die gerade noch annehmbar war, muß der Vergangenheit angehören.

Sich an die Seite der Betriebsaktivisten zu stellen, an dieser großen Masseninitiative lebendigen und aktiven Anteil zu nehmen, das muß für den Gelehrten, für den Chemiker und Techniker wie für den Künstler und Schriftsteller heißen, der Mittel-

mäßigkeit den Kampf anzusagen und in seinem eigenen Schaffen das höhere Können und die höchste Leistung zu erreichen.

Wir stehen dabei durchaus nicht am allerersten Anfang. Nein, wir sind stolz auf die Leistungen, die von unseren Gelehrten, Technikern, Chemikern wie von unseren Ärzten und unseren Künstlern und Schriftstellern zum Aufbau und zur Festigung der demokratischen Ordnung vollbracht worden sind.

Wir sind stolz auf die Träger unserer Nationalpreise, in deren Reihen sich sowohl die hervorragendsten Gelehrten und Künstler wie auch die besten Henneckeaktivisten befinden.

Wir sind nicht minder stolz auf die vielen Tausende von Ärzten, Wissenschaftlern, Technikern und Lehrern, deren Namen nicht bekannt sind, aber ohne deren Leistungen wir nicht dort stehen würden in unserem erfolgreichen Aufbau, wo wir tatsächlich bereits stehen.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik dankt ihnen allen im Namen des Volkes von ganzem Herzen.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik sieht es als eine ihrer vornehmsten Aufgaben an, in diesem Moment die zur Förderung der Geistesschaffenden bereits in der Kulturverordnung der Deutschen Wirtschaftskommission beschlossenen Maßnahmen nicht nur vollständig durchzuführen, sondern auch planmäßig auszubauen und zu erweitern. Die Schaffung der Deutschen Demokratischen Republik soll es ermöglichen, die im Artikel 1 der Kulturverordnung der Deutschen Wirtschaftskommission niedergelegten grundlegenden Verpflichtungen aller staatlichen und örtlichen Verwaltungsorgane zur Förderung der Intelligenz wirklich zu einem lebendigen Bestandteil unserer öffentlichen Arbeit zu machen und den letzten Bürgermeister oder Landrat zu eigener Verantwortung und eigener Initiative in dieser Richtung zu bewegen.

Den Appell, den der Förderungsausschuß in seiner Sitzung vom 14. September 1949 in diesem Sinne an alle örtlichen Verwaltungsorgane gerichtet hat, unterstützt die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik mit dem vollen Gewicht ihrer Autori-

tät. Besonders wichtig ist hierbei die Rolle, die den Massenorganisationen und insbesondere dem Kulturbund zur Realisierung dieser Bestimmung der Kulturverordnung zukommt. In vielen Fällen ist es schon gelungen, die örtlichen Stellen zu *unbürokratischen* Maßnahmen zum Schutze hervorragender Angehöriger der Intelligenz zu bringen. In vielen Kreisen und Gemeinden haben die inzwischen gebildeten Kulturkommissionen für die Abschaffung örtlicher Mängel gesorgt.

Aber ein weites Gebiet bleibt noch für unsere Arbeit, bis es wirklich gelingt, den Angehörigen der Intelligenz, den Geistes- und Kulturschaffenden das Gefühl zu geben, daß die Gesamtheit ihre besonderen Leistungen für unseren Aufbau auch durch besondere persönliche Fürsorge vergelten will und daß die Verwaltungsstellen ihnen nicht bürokratisch entgegentreten, sondern sich wirklich um die Person jedes einzelnen ernsthaft bemühen.

Hier wird von jedem verantwortungsbewußten Menschen immer wieder die Frage nach den Arbeitsmöglichkeiten, die unsere Republik ihm gibt, in den Mittelpunkt gestellt. Die Kulturverordnung der Deutschen Wirtschaftskommission hat hier große Pläne entwickelt, die bereits verwirklicht sind oder vor ihrer Verwirklichung stehen.

Für die Wissenschaftler bringt Artikel 20 der Kulturverordnung den großzügigen Ausbau der Deutschen Akademie der Wissenschaften zum wissenschaftlichen Zentrum, und die hier vorgesehenen einzelnen Maßnahmen sind alle zur Durchführung gelangt. Neben der Erweiterung der Mitgliedschaft der Akademie, den zur Verfügung gestellten neuen Gebäuden und Gütern sowie der wirtschaftlichen Besserstellung der Mitglieder und Mitarbeiter der Deutschen Akademie der Wissenschaften, ist das Wesentliche der gesamten Entwicklung der Akademie die Schaffung großer Forschungsinstitute, die unmittelbar unseren Aufbau betreffende Probleme bearbeiten, wie der landwirtschaftlichen Institute in Gatersleben und Paulinenaue oder des Instituts für Bauwesen. So tritt die Wissenschaft in lebendige Wechselwirkung mit dem Leben und Gedeihen unserer Wirtschaft.

Der Investitionsplan für 1949, dessen Summen für den Aufbau von Schulen und Hochschulen in der Kulturverordnung festgelegt sind, wird im kommenden Jahre noch im stark vergrößerten Umfange den Ausbau der Lehr- und Forschungsstätten für Erziehung und Wissenschaft ebenso wie den Wiederaufbau künstlerischer Einrichtungen ermöglichen. Die Sorge für den Menschen, dies ist uns bewußt geworden, kann nur dann ihren wirklichen Sinn erfüllen, wenn auch die Möglichkeiten für eine fruchtbringende Arbeit geschaffen werden.

Der Kulturfonds, der ebenfalls in der Kulturverordnung seine Grundlage findet, soll eine lebendige Verbindung herstellen zwischen der Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten sowie damit im Zusammenhang der Förderung der kulturellen Leistung und gleichzeitig der persönlichen Fürsorge für den Geistes- und Kulturschaffenden. Hier wird endlich allen Beteiligten die Möglichkeit gegeben, großzügig und außerhalb des Rahmens einschränkender Bestimmungen unser kulturelles Leben und die daran Beteiligten zu fördern. Nach den erlassenen Durchführungsbestimmungen wird der größte Teil des Fonds, nämlich 77 Prozent, für die unmittelbare Förderung der kulturellen Entwicklung verwendet. Und hier ist ein groß angelegtes Programm geplant, das insbesondere der Kulturarbeit in den Betrieben und auf dem Lande dienen soll. So wird hier die lebendige Verbindung geschaffen zwischen unserem kulturellen Leben und der werktätigen Bevölkerung und damit zugleich bewiesen, daß unsere Künstler und Schriftsteller nicht isoliert arbeiten und nicht isoliert arbeiten können, sondern nur in engster Verbindung mit den Stätten unserer wirtschaftlichen Produktion in Stadt und Land.

Noch viele Einzelbestimmungen der Kulturverordnung zur Schaffung der besten Arbeitsvoraussetzungen für unsere Intelligenz sind in diesem Jahre nicht nur geplant, sondern auch Wirklichkeit geworden. Das Pädagogische Zentralinstitut hat seine Tätigkeit aufgenommen, und der neu gegründete wissenschaftliche Senat hat schon in den ersten Tagungen sich seiner Aufgabe würdig erwiesen, unsere bedeutendsten Wissenschaftler zusammenzu-

führen, um der Lehr- und Forschungstätigkeit an unseren Universitäten Ziel und Richtung zu geben. Bei der Kammer der Technik steigt die Herausgabe technisch-wissenschaftlicher Literatur, und die Ausrüstung wissenschaftlicher Forschung und Lehre mit den notwendigen Apparaturen und Materialien nimmt mit dem Erfolg unseres Zweijahrplans ständig zu.

Schon sind die Vorarbeiten so weit fortgeschritten, daß im Jahre 1950 die Deutsche Akademie der Künste ihre Arbeit aufnehmen kann, um, wie die Deutsche Akademie der Wissenschaften für die Wissenschaft, auch auf dem Gebiete der Kunst und Literatur ein nationales Zentrum für ganz Deutschland zu schaffen.

Besonders wichtig aber ist die Schaffung eines Nachwuchses, der, aus den Kreisen der Arbeiter und Bauern und der mit ihnen verbündeten Intelligenz stammend, auf allen Gebieten unseres Lebens unseren Aufbau vorantreibt und uns zu einem besseren Dasein verhilft. Die in der Kulturverordnung geplanten Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten sind heute bereits an allen Universitäten der Deutschen Demokratischen Republik eine nicht mehr wegzudenkende Wirklichkeit geworden. Wir haben gleichzeitig damit die bisherige Isolierung der Intelligenz von der Arbeiterschaft durchbrochen und so die Grundlage für eine engere und bessere Verbindung zwischen beiden geschaffen.

Auch der Ausbau der Stipendien für den Hochschullehrernachwuchs, der auf Grund der Kulturverordnung durchgeführt wurde, gibt uns die Hoffnung, daß unseren Universitäten und Hochschulen in steigendem Maße neue Dozenten zur Verfügung stehen werden, die die höchste fachliche Qualifikation verbinden mit einer aktiven und positiven Teilnahme am gesellschaftlichen Leben unserer Tage. Sie alle wissen, daß gerade die Frage des Nachwuchses an akademischen Lehrern eines unserer Hauptprobleme darstellte, dessen Überwindung zwar noch nicht gelungen, aber doch in wachsendem Maße in die Wege geleitet ist.

So sind die großzügigen Möglichkeiten, die die Kulturverordnung der Deutschen Wirtschaftskommission in bezug auf die Arbeitsmöglichkeiten für unsere Wissenschaftler, Künstler und Tech-

niker vorsieht, heute bereits weitgehend verwirklicht worden, und die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik wird unablässig darüber wachen, daß diese Entwicklung mit der Besserung unserer wirtschaftlichen Lage noch in verstärktem Maße fortgesetzt wird und die noch bestehenden Mängel und Schwächen (es sind deren leider mehr als genug) beseitigt werden.

Vielseitig sind die Einzelmaßnahmen, die die Kulturverordnung zu diesem Zwecke vorsieht. Zunächst einmal ist die vorgesehene Erhöhung der Lebensmittelsonderzuwendungen auf 40 000 im Anschluß an die Kulturverordnung erfolgt. Hier gilt es, nicht schematisch nach Stellung oder äußeren Merkmalen, sondern nach der Person zu urteilen und den Kreis derjenigen zu finden, die in Wissenschaft und Kunst, in der Technik wie im öffentlichen Leben einer besonderen Förderung bedürfen und sie auf Grund ihrer Leistungen verdienen. Auch das zusätzliche Kontingent an Heizmaterialien ist zur Verfügung gestellt und die erste Hälfte im Anschluß an die Lebensmittelsonderzuwendung zur Verteilung gelangt.

Für die Lebensmittelversorgung künstlerischer Institutionen ist eine zusätzliche Liste von 10 000 Essenportionen beschlossen und durchgeführt. Damit sind die Belegschaften aller führenden Theater und Orchester in die Betriebsverpflegung einbezogen worden. Ebenso ist die für die Lehrer und für die Ärzte im öffentlichen Gesundheitswesen vorgesehene Verbesserung durch Einstufung in die Kartengruppe II sofort nach Erlaß der Verordnung erfolgt. Allein bei den Lehrern handelt es sich heute bereits um etwa 100 000 von dieser Maßnahme Begünstigte.

Die Wohnverhältnisse unserer Intelligenz sind ein Gegenstand unserer besonderen Sorge und Aufmerksamkeit. Schon ist der Bau der ersten Eigenheime begonnen worden, und das Jahr 1950 wird in allen Teilen unserer Republik für die hervorragendsten Persönlichkeiten unseres Geistes- und Kulturlebens solche Bauten entstehen sehen.

Hier liegt aber auch ein weites Gebiet für die örtliche Initiative und die Mitarbeit vor allem solcher Organisationen wie des Kulturbundes.

Von den Sanatorien und Heimen, die die Kulturverordnung für die Intelligenz vorsieht, haben sich die zunächst vorgesehenen Objekte nur zum Teil als geeignet erwiesen. Für das neue Jahr ist eine Erweiterung des Programms an Kultur- und Erholungsstätten geplant. Hier soll den Menschen, die gesellschaftlich gearbeitet und besondere Leistungen für die Gemeinschaft vollbracht haben, auch wirklich eine schöne Erholung und Heilung geboten werden.

Die steuerlichen Vorschriften der Kulturverordnung sind durch die Steuerreform mit Wirkung vom 1. April 1949 in Kraft gesetzt worden. Es entspringt unserer grundsätzlichen Auffassung von der Stellung des Schriftstellers, des Künstlers und des Gelehrten, daß er in keiner Richtung dem privaten Unternehmer gleichgestellt werden darf, sondern daß er mit an der bevorzugten steuerlichen Regelung teilhaben soll, die für die im Arbeits- und Angestelltenverhältnis stehenden Werktätigen vorgesehen sind. Dies ist jetzt durch die Einbeziehung in die Lohnsteuertabelle Wirklichkeit geworden, und die Erhöhung der Werbungskosten auf 40 Prozent bedeutet daneben eine besondere Maßnahme zugunsten der Angehörigen der freischaffenden Intelligenz.

Daneben aber gelangt der ermäßigte Steuersatz von 15 Prozent auf zusätzliche Einnahme von nicht mehr als 50 Prozent der Dienstbezüge aller Angehörigen der Intelligenz zur Anwendung. Diese Maßnahme zeigt die Bedeutung, die gerade über ihre normale Tätigkeit hinaus der nebenberuflichen und schriftstellerischen Arbeit unserer Intelligenz beigemessen wird. Wir wollen nicht, daß der Gelehrte, der seinen Tag im Hörsaal und Laboratorium verbringt, sich auf diese Tätigkeit beschränkt, sondern wir wollen, daß er in Wort und Schrift darüber hinaus teilnimmt an unserem kulturellen Dasein. Wir wollen ihm dafür aber auch die Möglichkeit geben, durch eine solche zusätzliche Tätigkeit sein eigenes Leben zu verbessern, und deshalb sollen seine zusätzlichen Einnahmen besonders steuerlich begünstigt werden.

Neben diese Maßnahmen, die speziell für die Wissenschaftler, Künstler und Schriftsteller von Bedeutung sind, treten aber auf

Grund der Kulturverordnung in ihrer Ziffer 2 auch solche, die speziell für diejenigen Geltung haben, die durch ihre Leistung in unserer volkseigenen Industrie zur Erfüllung unseres Wirtschaftsplanes und damit zur Verbesserung unseres Lebens direkt beitragen.

Die 2. Durchführungsverordnung vom 12. August 1949 regelt die Auszahlung der Prämien, die an Ingenieure, Techniker und Meister für die Erfüllung und Übererfüllung des Wirtschaftsplanes zur Auszahlung gelangen.

Dieser Punkt der Kulturverordnung zeigt aufs neue, daß es sich nicht um die Förderung entfernter und isolierter Kräfte handelt, sondern gerade um diejenigen, die in unserem Kampfe um den Aufbau einer friedlichen Wirtschaft an erster Stelle stehen.

Das Kulturprogramm, wie es in der Kulturverordnung der DWK niedergelegt ist, findet seinen speziellen Ausdruck darin, einzelnen besonders hervorragenden Vertretern unseres Kultur- und Geisteslebens in der Fürsorge für ihre Person die besondere Bedeutung zu zeigen, die wir, die unsere ganze demokratische Öffentlichkeit, an ihrer Spitze jetzt die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, der Hebung und Förderung der deutschen Kultur, Wissenschaft und Kunst und der damit aufs engste verbundenen Hebung des erzieherischen Niveaus unserer Jugend beimessen.

Nicht eine gleiche Förderung eines möglichst weiten Personenkreises, nein, die *besondere* Hervorhebung der Persönlichkeiten, die auf Grund ihrer Leistungen sich besonders verdient gemacht haben, ist hier unser Grundprinzip.

Es ist völlig sinnwidrig, wenn man uns den Vorwurf der geistigen Gleichmacherei macht. Das Gegenteil ist eher richtig, denn wir vertreten den Standpunkt: Der Anspruch des einzelnen auf die gesellschaftlichen Leistungen richtet sich nach der Hingabe und dem Erfolg, mit dem der einzelne der Gesellschaft dient.

Jedem nach seiner Leistung!

Mögen diejenigen, denen heute solche Ehrungen noch nicht zuerkannt worden sind, sich stets bewußt sein, daß es nur von ihren

Leistungen abhängen wird, ob auch sie sich eines Tages in den Reihen dieser besonders ausgezeichneten Persönlichkeiten befinden.

Die Sorge um die Jugend und die Sorge um die Kranken unseres Volkes ist es, die zur Schaffung der Ehrenbezeichnungen „Verdienter Lehrer des Volkes“ und „Verdienter Arzt des Volkes“ geführt haben.

Schon hat in Leipzig auf dem 4. Pädagogischen Kongreß unter dem Jubel der Lehrerschaft die Auszeichnung der ersten Gruppe „Verdienter Lehrer“ durch den Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik stattgefunden.

Am 11. Dezember 1949 wird die Auszeichnung für die erste Gruppe der „Verdienten Ärzte“ erfolgen.

Die Aufgabe aller demokratischen Kräfte unseres Volkes wird es sein, die Worte von der Aufmerksamkeit, Fürsorge und Achtung des gesamten Volkes, die in der Kulturverordnung ausgesprochen sind, zur Wirklichkeit zu machen und so über die einzelnen Maßnahmen hinaus den in dieser Weise geehrten Lehrern und Ärzten die Wichtigkeit zu zeigen, die die Gemeinschaft ihrer Arbeit beimißt.

Aber in bedeutend verstärktem Maße gilt dies in bezug auf die Träger des deutschen Nationalpreises, der ebenfalls durch die Kulturverordnung geschaffen worden ist.

Der deutsche Nationalpreis ist bereits eine Wirklichkeit geworden im gesellschaftlichen Dasein unseres Volkes.

Wer am 25. August 1949 im National-Theater zu Weimar den Arbeiteraktivisten sitzen sah neben dem berühmten Gelehrten, den Künstler neben dem Ingenieur, der erlebte dort in einer neuen und bisher in Deutschland unbekanntem Form ein äußerlich wie innerlich fühlbares Sichernäherkommen und Zusammenwachsen von Arbeiterschaft und Intelligenz, von allen fortschrittlichen Kräften unseres Vaterlandes.

Die Arbeiteraktivisten im Parkett des National-Theaters, die Beifall klatschten bei der Ehrung des Professors der reinen Mathematik, zeigten damit, daß sie begriffen, wie Leistungen auf allen

Gebieten unseres Lebens sich gegenseitig bedingen und sich gegenseitig befruchten.

Gleichzeitig aber zeigt dieser neuartige Akt, daß die Nation die Leistungen aller ihrer Angehörigen, gleichgültig auf welchem Gebiete, gleichermaßen anerkennt und ehrt.

Hiermit ist jedem die Möglichkeit vor Augen gestellt, daß auch er, ob im Betrieb, im Hörsaal oder in der Werkstatt, eines Tages für seine Leistungen von seinem Volke ausgezeichnet und geehrt werden kann.

Es ist kein Zufall, daß gerade die in Weimar anwesenden Vertreter der westlichen Teile unseres Vaterlandes dieses Zusammenwachsens und diese Einheit aller aufbauwilligen Kräfte besonders stark spürten, und so ist jeder Schritt zur Verwirklichung unseres Kulturprogramms gleichzeitig ein Schritt zur Verwirklichung der Einheit Deutschlands.

Die Verleihung der deutschen Nationalpreise zeigte aber auch gleichzeitig, deutlicher als jede theoretische Erörterung es könnte, die enge und untrennbare gegenseitige Verbindung zwischen dem Wirken unserer Intelligenz und dem Wiederaufbau unseres Vaterlandes.

Man braucht nicht nur an so hervorragende Beispiele zu denken, wie an den Initiator der Aktivistenbewegung, Adolf Hennecke, oder den geistigen Vater des Wiederaufbaus der Zeiß-Werke, Dr. Harting, auch die praktische Bedeutung der Arbeit der ausgezeichneten Vertreter unserer Universitäten und Hochschulen ist ohne weiteres ersichtlich.

Wer verstünde nicht die Bedeutung der Hebung des Bodenertrags, der die Arbeit von Professor Mitscherlich dient, für unsere Landwirtschaft.

Auch auf den entlegensten Gebieten läßt sich immer die Wechselwirkung zwischen der Leistung des Gelehrten und unserer Aufbauarbeit feststellen.

Wir haben keine Nationalpreise verliehen an Angehörige einer Intelligenz, die fern der Wirklichkeit ein isoliertes Dasein führt, sondern wir haben diejenigen ausgezeichnet, die durch hervor-

ragende Leistungen mithelfen und mithelfen, unser Dasein zu normalisieren, ein besseres, einheitliches und demokratisches Deutschland aufzubauen.

Wenn es aber um solche Aufgaben geht, dann gilt es auch nicht kleinlich zu sein, sondern in wirklich großzügiger Weise Maßnahmen zu planen und durchzuführen.

Und dies wird für die künftigen Jahre in stets verstärktem Maße die Aufgabe der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik sein.

So werden wir es erreichen, daß Künstler und Gelehrte, Wissenschaftler und Techniker, verbunden und verbrüdet mit dem gesamten werktätigen Volke, den Weg zu einem besseren friedlichen Dasein finden werden.

Alle diese Maßnahmen zur Förderung der Kultur und der Geistesschaffenden sind für uns nur ein Anfang. Ich kann Ihnen mitteilen, daß die Regierung eine Kulturverordnung für das Jahr 1950, das Jahr der Erfüllung und Übererfüllung unseres Zweijahrsplans, vorbereitet, die in ihren einzelnen Bestimmungen und in ihrer prinzipiellen Bedeutung noch über die Kulturverordnung der Deutschen Wirtschaftskommission vom 31. März 1949 hinausgehen wird.

Nehmen Sie dies als einen Ausdruck der Gewißheit, daß die neue Rolle und die höhere Stellung der schaffenden Intelligenz für die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik nicht nur Theorie, sondern kämpferische Aufgabe und lebendige Praxis ist.

Wir sind sicher, daß diese Aufgaben und Ziele voll und ganz den Interessen des gesamten Volkes entsprechen und ihre Durchführung zur Folge haben wird, den Lebensstandard der breiten Schichten der Bevölkerung zu heben.

Die Entfaltung der Wissenschaft und Technik, das heißt Entfaltung der Produktion und des Außenhandels und damit mehr Nahrung und mehr Gebrauchsgüter *für alle!* Hebung des materiellen Lebensniveaus aber heißt auch Hebung aller Kultur.

Die Entfaltung der Volksbildungsarbeit, das heißt mehr Wissen,

höheres berufliches Können und damit ein gesicherter höherer Lebensstandard für den einzelnen!

Die Entfaltung einer volksnahen und volksverbundenen Literatur und Kunst, das heißt für uns, die schönsten Güter der Kultur dem ganzen Volke darbringen!

Dies ist unser Ziel und unser Wollen.

Den Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands weiß die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik dabei ebenso an ihrer Seite wie alle demokratischen und friedliebenden Geistesschaffenden. Sie alle sollen ebenso wie die Arbeiter und Bauern wissen, daß sie diese Regierung als ihre Regierung betrachten können.

Möge Ihr Bundestag, dem ich im Namen der Regierung vollen Erfolg wünsche, ein neuer Auftakt zur Einreihung der Gelehrten, Techniker, Ärzte, Künstler und Schriftsteller in unser großes Aufbauwerk, in die Nationale Front des demokratischen Deutschland werden.

Wenn das gelingt, wird dieser Kongreß wirklich einen großen Dienst an unserem Volk und Vaterland, an der Sache der Demokratie, des Friedens und der Einheit Deutschlands geleistet haben.

Stalin – Freund und Helfer des deutschen Volkes

21. Dezember 1949

Das ganze deutsche Volk ist dem großen Führer der Sozialistischen Sowjetunion, Josef Wissarionowitsch Stalin, für immer zu Dank verpflichtet. Stalin war es, der schon mitten in den Jahren überschäumender nazistischer Bestialitäten die Worte fand:

„...die Hitler kommen und gehen, aber das deutsche Volk... bleibt.“¹

Diese Worte sprach Stalin zu einer Zeit, als die Hitlerarmeen auf dem Boden der Sowjetunion standen. Noch hatte der deutsche Imperialismus sein Vorhaben, den riesigen Ostraum zu unterjochen und den sowjetischen Völkern das Recht der Selbstbestimmung zu rauben, nicht aufgegeben. Der Versuch der Zerschlagung des Sowjetstaates und der Schaffung faschistisch beherrschter neuer Ausbeutungsgebiete, erschien den deutschen Monopolherren noch keineswegs mißglückt. Mitten im chaotischen Wirbel der geschichtlichen Ereignisse schufen Stalins Worte bereits die Grundlage für ein neues einheitliches, friedliebendes Deutschland.

Das gierige und brutale Machtstreben des deutschen Monopolkapitals, das nun schon zum zweiten Male die Hand nach der Weltherrschaft ausstreckte, hatte sich die ganze Welt zum Feinde gemacht. Den raubgierigen deutschen Imperialismus zu vernichten, sich und die Welt vor seiner Aggression zu schützen, war der Sinn des Bündnisses, das schließlich so unterschiedliche Staaten wie die USA und die UdSSR miteinander eingingen. Die herrschenden Kreise Amerikas und Englands zielten auf die völlige

¹ J. Stalin, „Über den Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion“, S. 50.

Ausschaltung Deutschlands als weltpolitischen Faktor ab, um einen unbequemen Konkurrenten auf dem Weltmarkt endgültig loszuwerden. Sie verständigten sich sehr bald auf der Grundlage des Morgenthauplans, der die Aufteilung Deutschlands in mehrere selbständige Staaten und die Vernichtung der Leistungskraft der deutschen Industrie herbeiführen sollte.

Wenn nach der bedingungslosen Kapitulation die von den alliierten Mächten in Potsdam getroffene Vereinbarung die Einheit Deutschlands ermöglicht, dann ist dies das ausschließliche Verdienst Stalins. Stalin hat die Bedeutung der nationalen Frage für das Leben der eigenen und anderer Völker stets positiv und richtig gewürdigt. In der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken haben sich die Völker, die früher der zaristischen Herrschaft unterworfen waren, aus freiem Entschluß unter Wahrung ihrer nationalen Besonderheiten zu einer wahren Völkerfamilie zusammengefunden. Das Zusammenleben dieser Völkerfamilie ist dauernd gesichert, da sich die Sowjetvölker von den störenden Elementen des ausbeuterischen Imperialismus, dem Feudalismus und dem Monopolkapital, frei gemacht haben. Die Interessen der Werktätigen sind zum allein bestimmenden Faktor ihrer gesellschaftlichen Entwicklung geworden.

Die Politik Stalins schöpft aus den Erfahrungen der Sowjetunion und tritt dafür ein, daß die Grundlage einer Friedensregelung nicht in der Zerreißung Deutschlands gesehen wird, sondern in der Überwindung der ausbeuterischen imperialistischen Elemente, der Junker und der Monopolkapitalisten, von denen sich das ganze deutsche Volk selbst frei machen muß. Hier berühren sich die Interessen der friedliebenden Völker der Sowjetunion völlig mit den Interessen aller anderen friedliebenden Menschen und insbesondere mit denen des deutschen Volkes. Nur wer einen neuen Krieg vorbereitet, kann die Erfüllung dessen verweigern, was in Jalta und Potsdam vereinbart wurde, nämlich die Herstellung eines *friedliebenden, einheitlichen, demokratischen Deutschlands*.

An diesem Punkt beginnt sich nach 1945 die Politik der West-

mächte von der Politik der Sowjetunion zu trennen. Während die Sowjetunion unter der Initiative Stalins Schritt für Schritt daran arbeitete, die demokratischen Elemente unseres Volkes wieder zu ermuntern und in Gemeinschaft mit ihnen konkrete demokratische Maßnahmen zu treffen, begannen die Westmächte eine Politik der Distanzierung von den Potsdamer Beschlüssen und gingen immer eindeutiger zu einer Politik über, die sich unverhüllt gegen die Sowjetunion und gegen jede echte demokratische Volksbewegung richtete.

Unermüdlich blieb Stalin am Werk, um die Westmächte dafür zu gewinnen, die Demokratisierung ganz Deutschlands gemäß der Potsdamer Vereinbarung durchzuführen. Wir wissen, daß der amerikanische Imperialismus England und Frankreich in seine Abhängigkeit gebracht hat und so alle Verständigungsbemühungen zuschanden werden ließ. Die Politik der Zerschlagung Deutschlands und der Verwandlung Westdeutschlands in eine Interessensphäre des amerikanischen Monopolkapitals nahm ihren Fortgang. Die Politik der Sowjetunion dagegen, die an der Einheit Deutschlands und seiner Demokratisierung festhielt, und die wiederholten Erklärungen Stalins stärkten die fortschrittlichen Kreise Deutschlands. Aus den Lagern aller Parteien und aus der Bevölkerung ganz Deutschlands fanden sich die Frauen und Männer zusammen, um das Banner der deutschen Einheit und das Banner des Friedens in der Volkskongreßbewegung und später in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland aufzupflanzen. Es kam darauf an, der Welt zu beweisen, daß das deutsche Volk die für Deutschland bittere Lehre der Geschichte begriffen und erkannt hatte. Der Sinn der großen Volkskongreßbewegung war die Entfaltung der nationalen Selbsthilfe für die Einheit Deutschlands und einen gerechten Frieden sowie die Entwicklung des Lebens der Nation durch eine konsequente Politik des Friedens und der Demokratie im Bunde mit den anderen friedliebenden Völkern. Von den alliierten Mächten war es allein die Sowjetunion, die sich dafür einsetzte, die Vertreter der Volkskongreßbewegung zu hören und ihnen Gelegenheit zu geben, die Wünsche unseres Volkes auf der

Londoner und Pariser Außenministerkonferenz vorzutragen. Aber die Westmächte waren nicht geneigt, die Vertreter des friedliebenden Deutschlands zu hören, und folgten auch Stalin hinsichtlich seines Vorschlages auf Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und Abzug der Besatzungsmächte nicht.

Die Westmächte verfolgten vielmehr den verhängnisvollen Weg der Entwicklung einer aggressiven Politik gegen den Osten immer weiter. Dieser Weg war begleitet von der Aufrechterhaltung beziehungsweise dem Ausbau militärischer Stützpunkte in der Nähe der Sowjetunion, von dem Abschluß von Bündnissen und Militärpakt, die mit dem Friedensziel der Vereinten Nationen nicht in Einklang zu bringen sind, von der Inkraftsetzung des Ruhrstatuts und dem Besatzungsstatut für Westdeutschland und der Einsetzung der Bonner Spalterregierung. Diese Maßnahmen zeigen, daß die Westmächte die Potsdamer Verpflichtungen preisgegeben haben. Diese Maßnahmen forderten aber auch die konsequente Fortsetzung und Verstärkung der nationalen Selbsthilfe unseres Volkes geradezu heraus.

Die Note der sowjetischen Regierung vom 1. Oktober 1949 enthüllte Tatsachen über Tatsachen aggressiver Manöver des anglo-amerikanischen Imperialismus und überführte die Westmächte der Verletzung und Nichtachtung bestehender internationaler Verpflichtungen. Die sowjetische Regierung mußte feststellen, daß die eben noch in Paris bekräftigte gemeinsame Zielsetzung auf Herstellung eines einheitlichen Deutschlands auf das gröblichste verletzt wurde. Aus dieser Verletzung des Pariser Übereinkommens ergab sich daher eine völlig neue Lage.

Nie machten die fortschrittlichen Kreise unseres Volkes einen Hehl daraus, daß die Erkämpfung der deutschen Einheit die zentrale Aufgabe deutscher Politiker ist. Es ist gewiß, daß dieser Kampf alle Teile unseres Volkes erfassen und schließlich zur völligen Verdrängung der imperialistischen Ausbeuter aus Deutschland führen muß. Das wissen die imperialistischen Mächte auch selbst, nur so erklärt sich ihr hysterisches Kriegsgeschrei und ihre maßlose Verleumdungskampagne gegen unsere Politik. Die Hilfe und

Unterstützung aber, die die fortschrittlichen Kreise unseres Volkes immer wieder dadurch erhielten, daß die sowjetische Politik klar und zielbewußt auf die Abwehr der Friedensstörer gerichtet blieb, gab den Friedensfreunden in ganz Deutschland Ansporn und Auftrieb. Aus der Stärke des Friedenslagers ergab sich die Kraft zur Konstituierung eines friedlichen Staates. Unser Volk verdankt es dem Freund der Völker, Stalin, und den friedliebenden Menschen der Sowjetunion, daß die unabhängige nationale Bewegung des Deutschen Volkskongresses zur Bildung eines unabhängigen Staates und einer freien Regierung führte.

Die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik war eine Manifestation des unbeugsamen Willens aller fortschrittlichen deutschen Menschen, dem räuberischen und verbrecherischen Imperialismus auf deutschem Boden keinerlei Lebensrechte mehr zu gewähren. Friedlich und frei wollen wir das Leben unseres Volkes gestalten. Diese große und schöne Aufgabe wird uns gelingen, weil alle gesellschaftlichen Bewegungsgesetze für uns sind, weil uns der Friedenswille von Hunderten Millionen Menschen, vor allem der volksdemokratischen Länder – und an ihrer Spitze die Völker der Sowjetunion – helfen wird.

Stalin hat zu der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik Stellung genommen und dem Präsidenten der Republik und dem Ministerpräsidenten ein Telegramm mit dem Ausdruck des Glückwunsches übersandt. In diesem Telegramm sagte Stalin, daß die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik ein Wendepunkt in der Geschichte Europas sei. Die Kennzeichnung der Bedeutung dieses geschichtlichen Vorganges sollte allen deutschen Frauen und Männern eine Mahnung zur stärkeren Unterstützung unserer Friedensarbeit sein. Beherzigen wir auch die Worte Stalins, daß ein friedliebendes Deutschland neben der friedliebenden Sowjetunion die Möglichkeit neuer Kriege in Europa ausschließt und die Knechtung der europäischen Länder durch imperialistische Kräfte unmöglich machen wird. Folgen wir seinem weisen Ratschlag, die Anstrengungen des deutschen Volkes mit denen der Völker der Sowjetunion für den Aufbau einer dauer-

haften Friedenswirtschaft zu vereinigen und mit aller Entschlossenheit das Werk der Errichtung einer Welt des Friedens zu unterstützen.

Unsere marxistisch-leninistische Überzeugung gibt uns die unerschütterliche Kraft, die harte Auseinandersetzung mit einem brutalen und rücksichtslosen Gegner, der sich verkappter Helfershelfer und einer Fülle von Agenten bedient und eine hemmungslose Flut von Lügen und Verleumdungen verbreitet, siegreich zu bestehen. Denken wir in unserem Kampf an das Beispiel, das Stalin gab. In dem riesigen zaristischen Rußland nahm er den aussichtslos erscheinenden Kampf gegen die herrschenden Schichten auf. Viele Male wurde er verhaftet und deportiert. Immer wieder stellte er sich zum Kampf. Vom Geiste Karl Marx' erfüllt und Lenin zur Seite war er stets voller Verständnis für das Notwendige und das Mögliche. Er verband in genialer Weise Theorie und Praxis und wurde durch seine Tatkraft, seine Zähigkeit, seine Opferbereitschaft zum Baumeister einer neuen Welt.

Das deutsche Volk befindet sich in einer schwierigen Lage. Aber aus dieser Lage voller Schwierigkeiten gibt es einen Weg zum neuen Leben. Das ist der Weg, den die fortschrittlichen Kreise unseres Volkes bereits mit uns beschritten haben und der uns zur Deutschen Demokratischen Republik als dem Grundstein der Einheit Deutschlands geführt hat. Gedenken wir darum am Geburtstag Stalins besonders dankbar auch der heldenhaften Kämpfe und Erfolge der sowjetischen Völker unter Führung Stalins für Deutschland.